Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1149; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 601. **Halle a. S., Mittwoch, den 23. Dezember** **1908.**

Das Signal zum Rücktritt.

(Herr Dr. Holle geht.)

Der offiziöse Scherlsche „Tag", der in der Berliner Presse das Amt des seligen Lucanus bekleidet, schreibt in Sperrdruck:

Der Urlaub des Kultusministers Dr. Holle geht mit dem Abschluß dieses Jahres zu Ende. Im Befinden des Ministers, der sich zurzeit noch in Gardone aufhält, ist eine wesentliche Besserung nicht zu verzeichnen. **Aus diesem Grunde dürfte Dr. Holle eine Verlängerung seines Urlaubs erbitten, falls ihn nicht überhaupt sein Gesundheitszustand zwingt, vom Amte zu scheiden.** Was die Fragen der Teilung des Kultusministeriums betrifft, so ist folgendes zu sagen: Eine Trennung der kirchlichen und Schulangelegenheiten wird von den maßgebenden Stellen als durchaus inopportun bezeichnet. Möglich und vielleicht auch praktisch wäre lediglich die Ueberweisung der Medizinalangelegenheiten an das Ministerium des Innern. Alle diese Fragen, die seit ungefähr fünf Jahren in der Oeffentlichkeit besprochen werden, sind nach unseren Informationen bisher lediglich im Stadium der Erwägungen gewesen, die auch nicht annähernd irgendeine bestimmte Form gefunden haben. Es muß ja auch als selbstverständlich angesehen werden, daß derartige wichtige Fragen, die ein ganzes Ministerium betreffen, nicht ohne Zutun und Mitwirken des betreffenden Chefs selbst entschieden werden können. Da aber auch der Kultusminister Dr. Holle zurzeit infolge seiner Krankheit zur Untätigkeit gezwungen ist, so ist es ersichtlich, daß gerade jetzt diese Erwägungen an den maßgebenden Stellen nicht erörtert werden, also irgendeine Förderung bisher nicht erfahren konnten." — —

Soweit der „Tag", der Herrn Holle damit das Sterbeglöcklein läutet, genau so, wie wir es vor einigen Tagen prophezeiten. Die „Frankfurter Zeitung", die nicht minder gut unterrichtet zu sein scheint wie das Scherlsche Blatt, brachte schon gestern aus der Feder ihres Berliner Korrespondenten über die Essenz des vorstehenden Artikels — die Teilung des Kultusministeriums, folgende Ausführungen, denen wir uns nur anschließen können:

Von einer Teilung des Kultusministeriums oder, wie man in diesem Falle korrekter sagen muß, des Ministeriums für die geistlichen, Medizinal- und Unterrichtsangelegenheiten ist wieder einmal in einzelnen Blättern die Rede, und es wird versichert, daß diese Teilung erwogen werde. Sie wird schon seit vielen Jahren erwogen, sie wird auch so ziemlich jedes Jahr in den Etatsdebatten des Abgeordnetenhauses behandelt, und der Gedanke wird öffentlich immer dann erörtert, wenn man sich aus besonderem Anlaß der Schwierigkeit bewußt wird, einen geeigneten Minister für dieses vielgestaltige, die heterogensten Dinge umfassende Ressort zu finden. So erklärt es sich auch, daß diese Frage jetzt wieder auftaucht, wo man mit der Möglichkeit rechnet, daß für den vorläufig noch aus Gesundheitsrücksichten beurlaubten Herrn Holle ein Nachfolger gefunden werden muß. Herr Holle, den man im Sommer vor einem Jahre, als andere Kandidaten, darunter ein bekannter und vielgenannter Oberbürgermeister, abgelehnt hatten, in der Not vom Unterstaatssekretär im Ministerium der Oeffentlichen Arbeiten zum Kultusminister machte, hat versagt. Es hat nicht an seinem guten Willen, vielleicht auch nicht an seiner Einsicht, sondern an der Macht der Verhältnisse, insbesondere an den Mehrheitsverhältnissen im preußischen Abgeordnetenhause, gelegen, daß er nicht einen der Blockpolitik etwas entsprechenden politischen Zug in seine Verwaltung bringen konnte, und er ist, was eng damit zusammenhängt, sachlich seines großen Ressorts noch nicht Herr geworden, sondern ist, wie auch mancher seiner Vorgänger, aber mehr als diese, abhängig geblieben von den erfahrenen und zum Teil sehr tüchtigen Direktoren, die die einzelnen Abteilungen leiten. Das ist kein Vorwurf; es würde wahrscheinlich so auch manchem andern, an sich sehr tüchtigen Manne gehen, der als Neuling an die Spitze dieses Ministeriums käme, gilt doch der schon für einen bedeutenden Verwaltungsbeamten, der allein das schwierige Gebiet der Unterrichtsverwaltung in Preußen sachlich beherrscht. Wer dieses ganze Ministerium nicht im einzelnen meistert, der muß, wenn er es leiten will, wenigstens ein Politiker von starkem Charakter sein. Wie schwierig das Ressort ist, läßt eine Aeußerung erkennen, die Althoff, der vielgenannte einflußreiche Mann, bald nach der Ernennung des Herrn Holle tat: „Er ist sehr fleißig," meinte er, „und auch intelligent, und wenn er so fortfährt und einige Jahre Minister bleibt, dann wird er schon manches lernen." Ein echter Althoff.

Es ist unwahrscheinlich, daß Herr Holle noch mehrere Jahre Minister bleibt, wenn man ihn auch zu halten sucht, um der schwierigen Aufgabe zu entgehen, einen besseren an seiner Stelle zu finden. Ist erst die sogen. Blockpolitik einmal gescheitert, dann ist diese Aufgabe leichter. Inzwischen glauben wir übrigens nicht, daß eine Teilung des Unterrichtsministeriums jetzt ernstlich erwogen wird; die Zeiten sind danach nicht angetan. Wenn es sich nur darum handelte, die Medizinalangelegenheiten vom Kultusministerium loszulösen und dem Ministerium des Innern zu überweisen, zu dem sie sachlich als Teil der inneren Verwaltung gehören, dann wäre die Sache leicht. Aber es wäre damit auch wenig erreicht: die Medizinalabteilung hat noch keinem Kultusminister schwere Stunden bereitet. Von politischer Bedeutung wäre nur, wie ohne weiteres einleuchtet, eine Trennung der geistlichen Angelegenheiten von der Unterrichtsverwaltung, also die Schaffung eines Unterrichtsministeriums, zu dem das gesamte höhere und niedere Schulwesen, die Akademien und wohl auch die Kunst gehörten. An diese zukünftige Entwicklung denkt man, wenn man von der Teilung des Kultusministeriums spricht, und daran hat man auch vor wenigen Jahren ernstlich gedacht und hat einen bekannten Gelehrten als zukünftigen Unterrichtsminister im Auge gehabt. Davon ist es still geworden und zurzeit haben die entscheidenden Persönlichkeiten wahrscheinlich andere Sorgen. Man braucht sich nur den preußischen Landtag anzusehen, in dem die Konservativen und das Zentrum die große Mehrheit haben, um zu erkennen, auf welche Hindernisse eine Trennung des Kultus vom Unterricht stoßen würde.

Die Vermehrung der französischen Artillerie.

**** Paris, 22. Dezbr. (Meldung unseres Depeschenbureaus.) In der heutigen Kammersitzung erklärte Ministerpräsident Clemenceau unter großer Bewegung, falls die Vorlage der Regierung über die Vermehrung der Artillerie nicht angenommen werde, würde die Regierung zurücktreten.**

Ueber den Verlauf der gestrigen und heutigen Kammersitzung wird aus Paris ferner berichtet: In der Debatte über die Artillerieverstärkung der französischen Armee befürwortete der Deputierte Adigard den Ankauf von Lastautomobilen, um die Beschaffung von neuer Munition für die Geschütze zu erleichtern. Massabuau forderte eine Neueinteilung der Batterien, mit der bei den Armeekorps südlich der Loire begonnen werden solle. Jaurès erklärte, es sei verständig und klug, die Zahl der Geschütze zu vermehren, er befürwortete aber die Batterie zu sechs Geschützen, die weniger kostspielig und eher geeignet sei, die Ebenbürtigkeit mit der deutschen Artillerie zu gewährleisten. Am Schlusse seiner Rede erhob Jaurès im Namen des Proletariats gegen die unsinnigen Rüstungen, die alle Völker Europas dem Untergange entgegenführten, Einspruch. Redner wünscht, ohne von Frankreich die Abrüstung zu fordern — denn dadurch würde das Land fremden Eroberungsgelüsten preisgegeben werden —, daß Frankreich allen Völkern ein internationales Uebereinkommen vorschlüge. Er werde bei der Besprechung der Kredite für Marokko auf diese Frage zurückkommen. Messimy (Soz.-Radikaler) brachte einen Vertagungsantrag ein und forderte die Regierung auf, in kürzester Zeit eine Vorlage einzubringen, durch die die Zahl der Geschütze für jedes Armeekorps auf 144 und die Zahl der Geschütze jeder Batterie auf sechs festgesetzt wird, damit die französische Artillerie der deutschen überlegen sei. Die jetzige Vorlage sei nichts als eine Irreführung und koste im übrigen zuviel Menschen und Geld. **Hier unterbrach Clemenceau den Redner und sagte, die Regierung halte die Vorlage einmütig aufrecht. Wenn diese nicht angenommen würde, würde die Regierung zurücktreten.** (Bewegung.) Messimy trat dann in längeren Ausführungen für die Batterie zu sechs Geschützen ein. Der Kriegsminister bekämpfte den Vertagungsantrag, weil er die Vermehrung der Artillerie verzögere und die Regierung in die Zwangslage versetzen würde, eine Batterie von sechs Geschützen anzunehmen. Der Minister fuhr fort: Wir können nicht bei einer geringeren Zahl stehen bleiben, in der wir uns einen möglichen Feinde gegenüber befinden. Eine Batterie von vier Geschützen war seinerzeit deshalb angenommen worden, weil wir viel schneller feuernde Kanonen besaßen als Deutschland. Nachher ist aber festgestellt worden, daß diese Batterie ein ausgezeichnetes Instrument für den Kampf ist, und daß die ungeheure Mehrheit der Offiziere an ihr festhält. In der Tat besitzen die Deutschen jetzt Schnellfeuergeschütze wie wir, aber von den 144 Kanonen eines Armeekorps sind nur 126 Schnellfeuergeschütze, während die anderen Haubitzen für den Festungskrieg sind. Die Ueberlegenheit von 144 deutschen Geschützen über 120 französische besteht mehr zum Anscheine nach als in Wirklichkeit. Im übrigen bestehen gewisse Tatsachen, von denen man in der Oeffentlichkeit nicht ausführlich sprechen kann. Ein Teil der Armee ist für alle sichtbar, aber der andere beträchtlichste Teil, der die Reserven in sich begreift, macht unsere Kraft aus (Beifall). Die Kommission weiß, wie wir unsere Reserven organisiert haben, die zu Friedenszeiten auf den Truppenübungsplätzen eingeübt werden sollen. Auf diese Weise gewinnen wir Verstärkungsbatterien, die Deutschland nicht besitzt.

Herr Dr. Schücking ist ein Optimist. Hat er das wirklich erwartet? Weiß er nicht, daß in dem Theater, das Welt heißt, derjenige, der den Mut besitzt, die Wahrheit zu sagen, stets den geringsten Applaus findet? — — Was schreibt doch Lichtenberg: „Es ist unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne hier einen Bart und dort ein Kopfzeug zu versengen."

Der Botschafterempfang am Neujahrstag.

Der Neujahrsempfang der Botschafter wird, soweit bis jetzt feststeht, um 12 Uhr mittags im königlichen Schlosse stattfinden. Größere Reden werden dabei nicht gehalten. Der Empfang der Botschafter ist diesmal von besonderem Interesse, weil 4 Vertreter zum ersten Male dem Empfang beiwohnen; es sind dies D. J. Hill (Amerika), Sir William Goschen (Großbritannien), Baron Sutemi Chinda (Japan) und Osman Nisami Pascha (Türkei). Der Kaiser und die Kaiserin gedenken nach zuverlässiger Mitteilung etwa 8 Uhr früh am Neujahrstage in Berlin einzutreffen, um die Gratulation entgegenzunehmen.

König Eduards Berlin-Reise zweifelhaft.

Der Londoner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" meldet, daß die Reise des englischen Königspaares nach Berlin, die bekanntlich für Februar nächsten Jahres in Aussicht genommen war, in Frage gestellt sei. Das Befinden des Königs Eduard soll jedoch nicht die Ursache sein, daß diese Reise unterbleibt, der Grund soll vielmehr in den Berliner Verhältnissen zu suchen sein.

Neue Friedhofsstreitigkeiten im Elsaß in Sicht!

Die klerikale „Oberelsässische Landeszeitung" läßt sich aus dem Dorfe Walheim (Kreis Altkirch) folgendes schreiben:

„Letzte Woche wurde hier die Frau des Stationsvorstehers begraben. Obschon sie protestantisch war, wurde sie in der Reihe bestattet. Für die Protestanten, die noch nicht zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen, ist einer der schönsten Begräbnisplätze reserviert. Die Bestattung in der Reihe erfolgte demnach auch hier wieder aus Prinzip und der Walheimer Fall reiht sich denen von Dürmenach, Wünheim und Carspach würdig an. In absehbarer Zeit wird das ganze Oberelsaß nach und nach seine konfessionellen Friedhöfe verlieren. Wir gestatten uns nun in schuldiger Ehrerbietung, aber auch in aller Offenheit an die bischöfliche Behörde die Frage zu richten, welche Maßnahmen sie in Zukunft zu ergreifen gedenkt, um ein prinzipielles und geschichtliches Recht der Elsässer Katholiken wirksam zu verteidigen. Die katholische Bevölkerung besonders hier oben vermißt schon längst ein einheitliches systematisches Vorgehen gegen diese fortschreitende Entrechtung."

Es ist eine verletzende Unwahrheit, hier von „Entrechtung" zu sprechen. Denn gerade das Gesetz (es ist das jetzt über hundert Jahre alte französische Dekret vom 23. Prairial XII) besagt, daß nur an Orten, an denen verschiedene Kulte öffentlich ausgeübt werden, eine konfessionelle Trennung der Friedhöfe zulässig ist. In Walheim befinden sich nach der letzten Volkszählung 698 katholische, 9 protestantische Seelen; evangelischer Gottesdienst ist daselbst nicht. Wegen dieser neun Seelen soll nun der Friedhof konfessionell getrennt werden nach dem Wunsch der Klerikalen. Und die „Oberelsässische Landeszeitung" will zu diesem „Friedens- und Toleranzwerk" den Bischof von Straßburg ebenso scharf machen wie den Bischof Benzler von Metz, der sich seinerzeit selbst als „Friedensbischof" bezeichnete!

Der deutsch-schweizerische Mehlzollkonflikt.

Aus Bern wird unserm Depeschenbureau gemeldet: Anläßlich der im Nationalrat beratenen Interpellation betr. den Stand des Mehlzollkonflikts mit Deutschland antwortete Bundesratsmitglied Dr. Deucher namens des Bundesrats mit einer umfangreichen Erklärung, in der die bisherigen Verhandlungen geschildert werden. Redner führte aus:

Der Bundesrat ist bereit gewesen, die Streitfrage dem im Handelsvertrag mit Deutschland vorgesehenen Schiedsgericht zu unterbreiten. Es ergaben sich jedoch über die Formulierung der Streitfrage Meinungsverschiedenheiten. Der Bundesrat verlangte, daß das Schiedsgericht darüber entscheide, ob Deutschland eine Exportprämie gewähren solle. Deutschland wollte dagegen darüber entscheiden lassen, ob die Schweiz zu der Erhebung eines Ausgleichszolles befugt ist. Der Bundesrat hat zugestanden, daß in zweiter Linie auch diese letzte Frage dem Schiedsgericht unterbreitet werde. Hierauf steht die deutsche Antwort noch aus, weil inzwischen Verhandlungen zwischen deutschen und schweizerischen Müllern über Ermäßigung der Mehleinfuhr geführt worden sind. Leider sind diese Verhandlungen erfolglos geblieben. Der Bundesrat hat deshalb, um eine Verständigung herbeizuführen, bei der deutschen Regierung angefragt, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit wäre, den Mehlzoll freizugeben. Die deutsche Regierung antwortete, sie wolle den Vorschlag ebenfalls in Erwägung ziehen. Eine Erklärung steht noch aus.

Deutsches Reich.

Die Solidarität der preußischen Bürgermeister.

Bürgermeister Kretschmar in Bad Kösen hatte dem Bürgermeister Dr. Schücking in Husum vor einigen Tagen ein Telegramm gesandt, in welchem er dem Husumer Kollegen herzliche Sympathien für das mannhafte Vorgehen aussprach. Auf diese Depesche erwiderte Dr. Schücking:

„Herzlichen Dank für Ihr Telegramm. **Nicht zehn Berufsgenossen hatten den Mut, mir ihre Sympathie auszusprechen."**

Aus den Kolonien.

Zur Ovambofrage.

Die kürzlich im Ovambolande ausgebrochene Hungersnot, über deren Umfang übrigens hier nähere Nachrichten noch nicht vorliegen, hat, wie der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin mitgeteilt wird, dem Gouvernement Gelegenheit gegeben, helfend durch Zuführung von Lebensmitteln einzugreifen. Das wird für die guten friedlichen Beziehungen zwischen den Ovambo und der deutschen Herrschaft jedenfalls von Vorteil sein. Auch wird im Ovambolande der Hunger für die jungen Männer einen Anreiz mehr geben, bei europäischen Brotherrn in der deutschen Kolonie Arbeit zu suchen. Wenn vor einiger Zeit in der Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung ein Tadel darüber ausge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081223014/fragment/page=0001

sprochen wurde, daß man „noch nichts über die Pläne zur weiteren Ausnutzung der Erfolge des Hauptmanns Franke" höre, so ist demgegenüber zu betonen, daß zunächst abzuwarten ist, ob nicht die Ovambohäuptlinge ihrem, dem Hauptmann Franke gegebenen Versprechen gemäß auf den Zuzug von Ovambo-Arbeitern zu europäischen Arbeitsstätten auf deutschem Gebiet einen Druck ausüben. Allzustarkes Drängen würde die Ovambo leicht mißtrauisch machen. Grundsätzlich hält allerdings, wie uns mitgeteilt wird, die Kolonialverwaltung an dem Plane fest, im günstigen Augenblick eine Residentur im Ovambolande zu errichten und beobachtet von diesem Gesichtspunkt aus die Vorgänge im Ovambolande aufs sorgfältigste. Auch wird mit allen Mitteln versucht, dem Ovambolande einen wider das erlassene Verbot versuchten Zuzug europäischer Elemente fernzuhalten.

Allgemeine Mitteilungen.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist auf folgende nicht genügend bekannte Portoermäßigung hin: Seit dem 1. Juli d. J. werden Briefsendungen jeder Art aus Deutschland nach den deutschen Postanstalten in China (Amoy, Kanton, Futschau, Hankau, Itschang, Nanking, Peking, Schanghai, Swatau, Tientsin, Tschifu, Tchingkiang, Tsinanfu, Weihsien) zu denselben Taxen befördert, wie Briefsendungen zwischen Deutschland und dem Schutzgebiet Kiautschou. Danach sind z. B. Briefe bis zu 20 Gramm mit 10 Pfennig, über 20 bis 250 Gramm mit 20 Pfennig, einfache Postkarten mit 5 Pfennig, Drucksachen bis zu 50 Gramm mit 3 Pfennig und Warenproben bis zu 250 Gramm mit 10 Pfennig zu frankieren.

Heer und Flotte.

Eine einzigartige Ordensauszeichnung wurde dem Oberleutnant zur See Wittmer zuteil, der den Roten Adlerorden am Bande der Rettungsmedaille erhalten hat, nachdem er bereits mit der Rettungsmedaille selbst und mit dem Kronenorden am Bande der Rettungsmedaille dekoriert worden ist. Der erst 24 Jahre alte Offizier rettete zum dritten Mal ein Menschenleben. Seine drei Orden am Bande der Rettungsmedaille stehen im Heer und in der Flotte einzig da.

Ausland.

Neue Taktlosigkeiten des serbischen Kronprinzen.

Dem Pester Lloyd wird aus Belgrad gemeldet: Der Kronprinz hielt bei dem am letzten Sonnabend, dem Namenstage des Zaren, in der russischen Gesandtschaft abgehaltenen Bankett eine Rede, in der er die baldige Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Serbien erhoffte. Die anwesenden Diplomaten und Würdenträger hörten die Rede, die einen überaus peinlichen Eindruck machte, schweigend an und die Konversation verstummte, bis der Kronprinz schweigend den Saal verließ. Dieser Zwischenfall hat großes Aufsehen hervorgerufen und gibt zu verschiedenen Kommentaren Anlaß.

Von anderer Seite wird noch berichtet, der Kronprinz habe, ehe er die fraglichen Aeußerungen tat, mehr als reichlich dem Alkohol gehuldigt. —

Ueber eine weitere Kraftprobe desselben Thronfolgers berichtet die „B. Z." aus Belgrad:

Die Differenzen zwischen dem König und dem Kronprinzen werden immer schärfer. Bei der letzten Ministerratssitzung erschien der Kronprinz, ohne eingeladen zu sein, und weigerte sich, dem Befehl seines Vaters Folge zu leisten und den Saal zu verlassen. Er erklärte: „Ich bin der zukünftige König und habe das Recht, hier zu sein." Darauf verließen die Minister den Saal.

Es ist unbegreiflich, daß man nicht Mittel findet, den vorlauten jungen Mann endgültig aus der politischen Sphäre zu entfernen.

Oesterreichs Zugeständnisse an die Pforte.

Wie schon kurz telegraphisch berichtet, hat sich Oesterreich nunmehr entschlossen, der Pforte pekuniäre Entschädigungen zu gewähren. Außer der Zahlung von vier Millionen türkischen Pfund will Oesterreich-Ungarn der Türkei Zugeständnisse bezüglich der Erhöhung der Zölle sowie bezüglich der Einführung von Monopolen auf Zigarettenpapier und Zündhölzer gewähren, ebenso in der Frage der Aufhebung der Postämter.

Den Wunsch der Türkei, einen Teil der Staatsschuld zu übernehmen, und zwar in Höhe von 100 Millionen Francs, wird Oesterreich-Ungarn auf keinen Fall erfüllen.

Ein russischer Einfall nach Persien?

In den Kreisen des Wiener diplomatischen Korps sind Nachrichten eingetroffen, wonach Rußland an der persischen Grenze Truppen zusammenzieht, um in die Provinz Ascherbeidschad einzufallen. Dieser Schritt erfolgt, wie die „B. Z." wissen will, im Einvernehmen mit England. Man sieht gespannt der Haltung Deutschlands in dieser Angelegenheit entgegen, da deutsche Interessen erheblich berührt werden dürften.

Die Zeitung Mulay Hafids.

Die erste Nummer des marokkanischen Blattes El Fajr wurde, wie die „B. Z." aus Tanger erfährt, in Fez verteilt. Die Bevölkerung riß sich um die 1000 Nummern, die aus einer Druckerei Mulay Hafids hervorgegangen waren. Das Blatt vertritt die Interessen des neuen Regimes.

Kabinettswechsel in Venezuela.

Was stündlich erwartet wurde, ist nun eingetreten. Das Kabinett des Präsidenten Castro hat sich bei Abwesenheit des Diktators nicht halten können und mußte demissionieren. Die Bildung des neuen Ministeriums hat Vizepräsident Gomez vorgenommen. Aus Port of Spain wird hierzu berichtet:

Vizepräsident Gomez von Venezuela hat ein neues Ministerium gebildet, indem er den Minister des Aeußern Paul und alle seitherigen Minister absetzte und an ihren Platz neue Männer stellte, welche verschiedene Parteien vertreten. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Auswärtiges Guinard, Inneres Alcantara, Finanzen Tebar, Krieg Olivares, Wohlfahrt Obras, öffentliche Arbeiten Vargas, öffentlicher Unterricht Maldonado.

Geheime Meldungen aus Caracas, wo strengste Zensur gehandhabt wird, besagen, das in ganz Venezuela Gärung herrsche seit Castro abgereist sei; die Krisis sei vor wenigen Tagen eingetreten, als Gomez genötigt wurde, das Kabinett zu entfernen, dessen Mitglieder zu Castro in engen Beziehungen standen.

Auch die Möglichkeit von Castros endgültigem Sturz wird bereits lebhaft diskutiert. Zur Aufklärung der holländischen Politik im Streitfalle mit Venezuela erfährt der Haager Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" von bestunterrichteter Seite:

„Sichere Anzeichen weisen darauf hin, daß in den nächsten Tagen Castro gestürzt und zum Präsidenten Gomez ernannt werden wird, dem die Haager amtlichen Stellen volles Vertrauen schenken. Eine holländische Kriegserklärung ist undenkbar, da bei etwaiger Beschießung der Häfen kaum venezolanisches Eigentum zerstört werden würde. Dieselbe Quelle betont ausdrücklich, daß die Unterstützung der Revolutionäre seitens Hollands nur indirekt durch Aufhebung des Waffenausfuhrverbots und Wegnahme von Schiffen, keinesfalls durch Geld erfolgte. Die Wahrung der holländischen Geschäfte durch Baron Seckendorf wird gelobt. An den Haager amtlichen Stellen herrscht keinesfalls die Auffassung, als würde Castro deutscherseits umworben. Vielmehr wird die Haltung des Kaisers und des Auswärtigen Amtes bei dem Empfang in Berlin als korrekt und zurückhaltend empfunden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23 Dezember.

Die Ergebnisse der Wohnungszählung

von 11. Mai 1908 in Halle a. S.

sind soeben als Heft 4 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. vom städtischen statistischen Amt herausgegeben, im Verlage von Gebauer-Schwetschke erschienen. Dr. Wolff setzt damit die „Beiträge" fort, die sein Vorgänger im statistischen Amt, Prof. Dr. Hesse als Ergänzung zu den ständigen Monatsberichten begründet hat. Das sehr instruktive Heftchen enthält zunächst genaue Angaben über die Grundstücke und stellt dann den Gesamtbestand der Wohnungen überhaupt mit 42 085 im Jahre 1908 fest. Davon standen 526 zur Zeit der Zählung leer, d. h. sie waren nicht vermietet; 41 559 Wohnungen waren am 11. Mai d. J. in Halle bewohnt. Im Jahre 1900 waren 35 209 bewohnt, 1895 gerade 10 000 weniger und 1890 dagegen 22 081. Die Zahl der Wohnungen stieg also von 1890 bis 1895 nur um etwa 4000, in den 5 Jahren 1895 bis 1900 dagegen um rund 10 000, dem entspricht die Zunahme der Bevölkerung 1890 bis 1895 mit 14,7 Proz., aber 1895 bis 1900 mit 34,7 Prozent. Von 1900 bis 1908 stieg die Bevölkerung in Halle rund um 13,9 Proz. Die Statistik lehrt, daß sich die Wohnungen, und besonders die bewohnten Wohnungen in Halle in weit stärkerem Maße vermehrt haben als die Bevölkerung.

Interessant sind auch die statistischen Aufschlüsse über die Größe der Wohnungen, Zahl der Wohnräume, Wohndichtigkeit, Lage, Höhenlage, Schnelligkeit des Wohnungswechsels und so weiter. Was das leidige Kapitel der leerstehenden Wohnungen anlangt, so können wir in Halle ganz ruhig sein, denn wir stehen in dieser Hinsicht an drittletzter Stelle der Statistik mit 1,2 Proz., die an erster Stelle Wiesbaden mit 7,6 Proz. und an letzter Krefeld mit 0,4 Proz. aufführt. Außer dem glücklichen Krefeld, wo wohl der „bunte Rock" dem früheren Wohnungsüberfluß gesteuert hat, als der Kaiser es den schönen jungen Damen zuliebe zur Garnison der „Tanzhusaren" machte, erfreut sich neben Halle nur noch Mannheim mit 1,1 Proz. eines günstigen Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage nach Wohnungen. Unsere Schwesterstadt Magdeburg aber z. B. ist mit 1,8 Proz. leerstehender Wohnungen erheblich schlechter daran als Halle, Leipzig weist 1,6 Proz., Dresden aber 3,8 Proz. auf und Braunschweig 1,9 Proz. Diese Angaben stammen aus der Zeit von Mai bis August.

Endlich sei noch mit Rücksicht auf die Neubauten kurz erwähnt, daß in Halle an neuen Wohnungen im Jahre 1908 meist mittlere (450), weniger kleine (314) und noch weniger große (71) Wohnungen jährlich hinzukommen. Die meisten neuen Wohnungen weist das Jahr 1905/06 auf, nämlich 505 kleine, 684 mittlere und 81 große. Der Zuwachs ist also, wie man sieht, ein ganz beträchtlicher.

Zur Reform des Submissionswesens.

Herr Stv. Borges führte seine Ausführungen im Hallischen Bürgerverein, von denen wir in zwei Nummern die erste Hälfte bereits veröffentlicht haben, folgendermaßen fort:

Ebenso wesentlich ist es nun freilich auch, daß die Gemeinde während der Arbeiten selbst durch geeignete Kontrolle sich gegen Schaden sichern kann. Derartige Bestimmungen, welche das Prüfen der Materialien und Ueberwachen der Ausführung der Arbeiten regeln, haben ja wohl alle Städte, Halle auch; es ist aber zum mindesten sehr fraglich, ob diese Kontrolle in Wirklichkeit den gewünschten Erfolg immer zeitigt, und manche Vorkommnisse machen doch bedenklich. So hat auch Mannheim recht trübe Erfahrungen gemacht, so daß der dortige Baurat Perrey es 1902 durchzusetzen wußte, daß dem Maurermeister nicht mehr wie bisher die Arbeiten einschließlich der Lieferung aller Materialien übertragen, sondern die Lieferung derselben von der Arbeit völlig getrennt zur Ausschreibung gebracht wurde. Die Erfolge waren für die Stadt in finanzieller und qualitativer Beziehung die denkbar günstigsten, allein es machte sich gegen die Neuerung bald eine derartige Opposition im Mannheimer Baugewerbe, dessen Gewohnheiten und vor allem dessen Kreditsystem sich nicht damit abfinden konnte, geltend, daß 1905 der Magistrat die getrennte Ausschreibung wieder fallen ließ und dafür beschloß, die Bauarbeiten künftig zwar an einen Unternehmen, aber unter besonderer Bezahlung des Materials und der Arbeitsleistung zu vergeben. Auch dieser Beschluß hat zwar das Mannheimer Baugewerbe keineswegs befriedigt, er besteht aber noch heute zu Recht. Ich habe dieses Mannheimer Beispiel etwas ausführlicher erwähnt, um zu zeigen, daß Gemeinde und Unternehmer über ein und dieselbe Reform recht verschiedener Ansicht sein können, und daß es durchaus falsch sein würde, bei einer Reorganisation der Submissionsbestimmungen sich etwa von den Wünschen und Interessen der Unternehmer allein beeinflussen zu lassen. Soviel steht fest, für eine peinliche

Material- und Arbeitskontrolle

seitens der Gemeinde müssen Vorkehrungen in weitestem Maße getroffen werden, wenn sie nicht Schaden leiden soll.

Wenn ich soeben vor einem Zusehreingehen auf die Wünsche der Unternehmer warnte, so sind damit selbstverständlich nur solche Wünsche gemeint, die eben im Widerspruch zum Allgemeininteresse stehen. Dahingegen sollen und müssen die berechtigten Forderungen der Unternehmer — ich denke natürlich vor allem an Handwerk und Kleingewerbe — bei einer Reform des öffentlichen Verdingungswesens eingehend berücksichtigt werden, denn hier haben sich ja, wie wir gesehen, die Mängel, die dem System anhaften, am schwersten gezeigt.

Zwei Faktoren kommen hier nun fast einzig und allein in Betracht, deren Neuregelung, deren Verbesserung mit Recht verlangt wird, einmal die

Art der Vergebung

und zum anderen die Art des Zuschlags. Ueber das erstere, über die Vergebung der gemeinschaftlichen Arbeiten und das Verfahren bei der Ausschreibung nach bestimmten Grundsätzen schweigt sich unser Hallesches Statut vollständig aus, während das neue mustergültige Dresdener Statut und ähnlich München, Regensburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe diesen Gegenstand ausführlich regelt, ein Zeichen, wie wichtig dieser Gegenstand ist. Ich kann hier auf die Details dieser Bestimmungen nicht eingehen — damit wird sich die Kommission, die einmal das neue Statut bei uns ausarbeiten wird, befassen müssen —, muß aber natürlich die grundlegenden Normen anführen, die als wünschenswerte Reform gelten müssen; und diese, sagen wir meinetwegen „Normativbestimmungen" würden lauten:

1. Bei kleinen Vergebungen (Dresden bis 500 Mk.), Spezialarbeiten, Dringlichkeit, Nachbestellungen und ähnlichem ist von einem öffentlichen Konkurrenzausschreiben Abstand zu nehmen; hier ist die freihändige, turnusmäßige Vergebung vorzuziehen.

2. Vergebungen über 500 Mk. sollen, wenn nur ein gewisser Kreis von Unternehmern in Betracht kommt, ferner wenn bei einer stattgefundenen öffentlichen Ausschreibung ein geeignetes Resultat nicht erzielt worden ist, in engerer Bewerbung, in sogenannter beschränkter Submission ausgeschrieben werden.

3. Alle anderen Lieferungen und Arbeiten sind in freier öffentlicher Ausschreibung zu vergeben, jedoch ist die Vergebung in kleinen Losen der Vergebung an Generalunternehmer vorzuziehen, soweit dies aus wirtschaftlichen und technischen Gründen möglich ist.

Würden diese soeben aufgeführten Vorschläge eine bedeutende Verbesserung der zurzeit geltenden Vergebungsweise bedeuten, so wäre es doch bloß eine halbe Sache, wenn man nicht damit die Reform der Zuschlagserteilung regeln wollte. Kurz und bündig sagt hier in Halle der § 6: „der Zuschlag wird von dem Magistrat oder der sonst zuständigen Dienststelle erteilt. Vorbehalten bleibt die freie Wahl unter den Bewerbern." Eine schier mittelalterliche Bestimmung, die dem Submittenden nicht den geringsten Anhalt gibt. Bei der Neuregelung der Zuschlagserteilung ist nun in den letzten Jahren ein heftiger Streit entbrannt zwischen den Verteidigern des sogenannten

Mittelpreisverfahrens gegenüber dem alten Mindestpreis.

Das Mittelpreisverfahren will demjenigen den Zuschlag erteilen, welcher den mittleren Preis sämtlicher Offerten, d. h. den Preis, welcher durch Division aller Gesamtsummen durch die Anzahl der Teilnehmer ermittelt wird, abgegeben hat. So schön und gerecht aber dieser Vorschlag auch klingen mag, bewährt hat er sich bis jetzt dort, wo man ihn ohne Einschränkung erprobt hat, z. B. in Mannheim, nicht. In der klugen Berechnung des Submittenden, daß er möglichst an den Mittelpreis mit seinem Gebot herankommen muß, wurde jeder von einem billigen Gebot zurückgehalten, und aus dem Mittelpreisverfahren war sehr bald ein Ueberpreisverfahren geworden, welches die Stadt finanziell sehr schädigte. Bedenklich bei dem Mittelpreisverfahren ist auch, daß dabei der Voranschlag des Bauamts eine maßgebende Rolle spielt. Denn um den Mittelpreis nicht von Zufälligkeiten, wie sie durch maßlose Preisdifferenzen entstehen könnten, abhängig zu machen, hat man versucht, die Differenz der in Betracht kommenden Angebote dadurch einzuschränken, daß man solche Angebote ausschließt, die um einen gewissen Prozentsatz den Voranschlag übersteigen oder unter demselben bleiben. Dresden z. B. hat den Prozentsatz von 10 resp. 20 Prozent.

Ich sagte, dieses Abhängigsein vom Voranschlag des Bauamts ist insbesondere bei größeren Projekten doch sehr bedenklich, da für die Richtigkeit dieses Anschlags gar keine Garantie übernommen werden kann, zumal es nicht immer Koryphäen des Baugewerbes sind, die diese Voranschläge ausarbeiten.

Freilich ist das Mindestpreisverfahren, wenigstens solange es radikal durchgeführt wird, noch viel bedenklicher. Wir sahen schon oben, daß Schmutzkonkurrenz, minderwertige Arbeit und andere schwere Schäden die unmittelbare Folge davon sind. Und daher ist es nötig, daß dieses Mindestpreisverfahren rektifiziert wird, wie es denn auch neuerdings in vielen Städten geschehen ist, und wie es auch in den neuesten Bestimmungen des Reichskanzlers resp. seines Vertreters Herrn von Bethmann-Hollweg, die unlängst in fast allen Zeitungen im Auszuge zu lesen waren, zum Ausdruck kommt. Es ist nicht die niedrigste Geldforderung als solche zu berücksichtigen; nur ausnahmsweise darf ihr der Zuschlag erteilt werden, nämlich dann, wenn der Bewerber als zuverlässig und leistungsfähig bekannt ist und ausreichende Gründe für die Abgabe des niedrigen Gebotes beigebracht sind oder auf Befragen beigebracht werden können. Sonst aber darf der Zuschlag nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung gewährleistendes Gebot erteilt werden. Mir scheint auch hier wieder Dresden das Richtige getroffen zu haben, indem es das Mittelpreisverfahren in den Fällen eintreten läßt, wo die Anschlagssumme bei Handwerkswaren 3000 Mk., bei den Arbeiten von Bauhandwerkern 5000 Mk. nicht übersteigt, also bei allen kleineren Vergebungen, die doch hauptsächlich dem einheimischen Kleingewerbe zugute kommen, während es für alle übrigen Fälle bestimmt, daß der Zuschlag demjenigen zu erteilen ist, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als das annehmbarste zu erachten ist. „Aber", lautet der nächste Absatz, „derjenige, dessen Angebot das billigste ist, soll von der Lieferung ausgeschlossen sein, wenn sein Angebot einen auffälligen, unverhältnismäßigen Abstand, und zwar von mindestens 5 Prozent von den übrigen Angeboten zeigt, oder die Merkmale des unredlichen Wettbewerbes oder ungenügender Arbeitserfahrung an sich trägt." Sicherlich eine ausgezeichnete und nachahmenswerte Bestimmung.

(Schluß folgt.)

Selbstmordversuch.

Gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr versuchte ein Arbeiter in der Nähe des Schaafschen Ziegelplatzes an der Saale Selbstmord zu begehen dadurch, daß er sich aus einem Revolver zwei Kugeln in den Mund schoß. Er wurde schwerverletzt mittelst des städt. Krankenwagens in die Mediz. Klinik befördert.

Für die Opfer von Hamm

gingen uns noch folgende Spenden zu: Erwin Körner 2 Mk., R. E. 1 Mark.

Zusammen 6543,79 Mark.

Ernennung zum Professor. Dem Privatdozenten in der hiesigen philosophischen Fakultät Dr. Brodnitz ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081223014/fragment/page=0002

Von der Eisenbahn. Der König hat den Charakter als Rechnungsrat verliehen dem techn. Eisenbahnsekretär Freundel, den Eisenbahnsekretären Dorl, Bläske, Wehdeking, dem Betriebskontrolleur Dommasch und dem Oberkassenvorsteher Neuring von hiesiger Kgl. Eisenbahndirektion.

Der Winter ist da! Allerdings steht seine Ankunft nur im Kalender. Draußen merkt man herzlich wenig von ihm. Es scheint auch, als ob die trübe, nässelnde Witterung bis über das Weihnachtsfest anhalten wollte. Ob man nun aber den 22. Dezember als den Winters-Anfang anerkennen mag oder nicht, einen Vorteil wird man der Zeit von jetzt an zuerkennen müssen: die Tage werden nunmehr wieder länger!

Weihnachtsfeiern für junge Männer. Der Christliche Verein Junger Männer veranstaltet auch in diesem Jahre verschiedene Weihnachtsfeiern. Am Mittwoch, den 23. d. M., nachm. 4 Uhr für Kellnerlehrlinge und nachts 12½ Uhr für Kellner. Am Donnerstag (heil. Abend) 8 Uhr abends für alleinstehende junge Männer. Auch an den Feiertagen finden verschiedene Feiern und Versammlungen statt, u. a. auch am Sonntag, den 27. (3. Feiertag) nachm. 6 Uhr ein Vortrag von Herrn Pastor Wagner über: „Weihnachten einst und jetzt." Zu all diesen Versammlungen hat jeder junge Mann freien Zutritt.

Ev. Arbeiterverein. Montag, 28. d. M., begeht der Evangel. Arbeiterverein durch Ansprachen, gesangliche und musikalische Vorträge im Vereinslokal Mauerstr. 7, abends 8 Uhr, seine Weihnachtsfeier. Hierzu sind die Familien, Freunde und Gäste freundlichst eingeladen. Die Südgruppe hält Dienstag, 29. Dezember, Raffinierfest. 15, Weihnachtsfeier.

Liturgischer Gottesdienst. Zur Vorfeier des Weihnachtsfestes findet am Donnerstag abends 5 Uhr in der Domkirche unter Mitwirkung des Domkirchenchores ein liturgischer Gottesdienst statt.

Provinzial-Nachrichten.

Zur Eingemeindung der Elbdörfer.

Magdeburg, 22. Dez. Der Kreistag des Kreises Wanzleben hat die Eingemeindung der Ortschaften Fermersleben, Salbke, Westerhüsen und Lemsdorf in die Stadt Magdeburg genehmigt. Diese hatte dem Kreise eine Entschädigung von 80 000 Mark angeboten. Der Kreistag verlangt außerdem aber noch 38 400 Mark, die die Gemeinde Salbke erhalten hat, als die Kreischaussee Gr.-Oschersleben—Salbke gebaut wurde.

Verhaftung eines Bankiers.

Hildesheim, 21. Dezbr. Bankier Hagemann, der vor einigen Wochen seine Zahlungen eingestellt hat, ist am Sonnabend nach einem mehrstündigen Verhör verhaftet worden.

Wie erinnerlich fehlten Wertpapiere in Höhe von 1 Million Mark, unter denen sich solche befanden, die er im Auftrage seiner Kundschaft gekauft aber nicht abgeliefert, sondern in seinem Nutzen verwendet hat.

Maßnahmen gegen Simulanten.

(?) Dessau, 21. Dez. Dem Simulantentum ist jetzt seitens der hiesigen Ortskrankenkasse dadurch in wirksamer Weise gesteuert worden, daß in allen verdächtigen Fällen die ärztliche Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt der Kasse durchgeführt wird. Der Erfolg war überraschend. Von 349 angeblich kranken Personen, bei denen die Nachuntersuchung verfügt wurde, meldeten sich sofort bei Empfang der Vorladung 68 gesund; 140 mußten auf Grund des ärztlichen Gutachtens mit ihren weiteren Ansprüchen abgewiesen werden; 61 wurden krank befunden, 53 zur weiteren Beobachtung dem Krankenhause überwiesen und 27 weigerten sich, die Untersuchung über sich ergehen zu lassen. Um gegen die letzteren wirksame Maßnahmen treffen zu können, wurde das Statut durch eine Strafbestimmung erweitert.

Modellversuchsstation für Luftschiffe.

*** Göttingen,** 21. Dez. Die von der hiesigen Universität unter der Leitung des Professors Prandtl eingerichtete Modellversuchsstation für Luftschiffe steht nunmehr vor ihrer Eröffnung. Die Anstalt ist in allen Einzelheiten vollendet. Insbesondere ist es gelungen, eine technische Aufgabe, deren große Schwierigkeiten alle Fachleute voraussagten, glücklich zu lösen, nämlich einen Luftstrom zu erstellen, der mit einer bestimmten stetigen Geschwindigkeit in der ganzen lichten Weite des Prüfungsrohres gleich ist.

Nach dieser glücklichen Lösung kann die Anstalt nun Modellprüfungen aller Art, vornehmlich für Motorluftschiffe, aber auch für Flugapparate vornehmen. Die Gesellschaft übernimmt auch für Private die Erprobung von Modellen aller Art.

§ **Naumburg,** 21. Dez. (Klausurarbeiten für Juristen.) In den letzten Tagen fanden zum ersten Male Klausurarbeiten der Rechtskandidaten bei der ersten juristischen Staatsprüfung statt. Es waren etwa 15 Herren beteiligt. Da im Oberlandesgerichtsgebäude kein größerer Raum verfügbar ist, wurde der Schwurgerichtssaal benutzt.

+ **Bad Kösen,** 22. Dez. (Für das Elektrizitätswerk.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden 115 000 Mark zum Ausbau des Elektrizitätswerkes bewilligt.

× **Mucrena,** 21. Dezbr. (Drei Pferde erstickt.) Auf der hiesigen Zuckerfabrik brach dieser Tage auf bis jetzt unaufgeklärte Weise im Pferdestalle Feuer aus. Der Stall füllte sich über und über mit Rauch an, so daß die darin Befindlichen drei Pferde erstickten.

)(**Döllau,** 21. Dez. (Bohrungen nach Kohle.) Demnächst wird auf den Feldern des Grafen von Hohenthal nach Braunkohle gebohrt werden.

(!) **Aken,** 21. Dez. (Einen frechen Diebstahl) begingen gestern nachmittag mehrere hiesige Schulknaben. Sie erbrachen die Tür eines Eisenbahnwagens in der Nähe des Bahnhofs und entwendeten aus einer Kiste ca. 35 Pfund Konfitüren. Ein Teil wurde verzehrt und verteilt, das übrige hatte man auf einem Ackerstücke eingegraben.

□ **Aken,** 22. Dezbr. (Von einem bemerkenswerten Erfolge der heimischen Industrie) hört man folgendes: Die Patente, nach welchen die hiesige Deutsch-Dänische Patent-Zündholzfabrik arbeitet, sind für das Gebiet der Vereinigten Staaten und Kanada an ein englisches Konsortium für die Summe von ca. 450 000 Mark verkauft worden. An diesem Betrag soll das Akener Unternehmen zu einem namhaften Prozentsatz partizipieren. Weitere Verkäufe der Patente an ausländische Staaten hofft man binnen kurzem abzuschließen.

† **Nordhausen,** 22. Dez. (Kein Ankauf der Gasanstalt.) In der gestrigen letzten Stadtverordnetensitzung in diesem Jahre wurde ein Ankauf der Gasanstalt seitens der Stadt abgelehnt, dagegen einem neuen Vertrag mit der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau zugestimmt. Der Vertrag soll 15½ Jahre laufen, schließt Verbilligungen und Verbesserungen in sich und soll einem späteren Ankauf durch die Stadt die Wege ebnen. Die Gesellschaft verlangt 1 800 000 Mark; durch Sachverständige wurde der bauliche Wert auf 812 356 Mrk geschätzt, während die Gesellschaft den buchmäßigen Wert auf 1 282 701 Mark angab. Da der Ankauf nur unter sehr ungünstigen Bedingungen möglich sein würde, wurde davon Abstand genommen, trotzdem große Geneigtheit zur Uebernahme seitens der Stadt vorhanden war.

)(**Eisleben,** 22. Dez. (Wippertalbahn.) Der Kreistag des Mansfelder Seekreises beschäftigte sich gestern auch mit dem Projekt der Wippertalbahn. Rittergutspächter Spielberg-Helbra teilte u. a. mit, daß diese für die hiesige Gegend so hochwichtige Bahnfrage nun heute im Finanzministerium zur Beratung komme. Hoffentlich findet sie dort die erwünschte Förderung.

? **Teuchern,** 20. Dez. (Die Trockengesellschaft Teuchern) hielt gestern hier eine Generalversammlung ab. In der nunmehr die Einrichtung der Trockenfabrik endgültig beschlossen wurde. Getrocknet werden Kartoffeln, Rüben, Rübenschnitzel und Rübenkraut. Dank der fortgesetzten Bemühungen ist es auch gelungen, die Hindernisse zu überwinden, die sich dem Anschluß an die Bahn entgegenstellten. Der dazu erforderliche Grund und Boden ist käuflich erworben und die Verhandlungen mit der Eisenbahnbehörde sind abgeschlossen, so daß mit dem Bau des Anschlußgleises begonnen werden kann. Die Kosten werden sich wahrscheinlich auf einige vierzigtausend Mark stellen, doch hat die Genossenschaft davon nur 30 000 Mark zu tragen. Bis zur Stunde sind über 500 Anteile gezeichnet, die Frist zur Zeichnung weiterer Anteile läuft mit Ende März ab.

Schierke i. Harz, 21. Dez. (Wintersport zu Weihnachten.) Bedeutender denn in den früheren Jahren rüstet sich Schierke i. H. in diesem Winter zum Wintersport. Wenn auch naturgemäß die Hauptsportfeste des Schneereichtums wegen erst Ende Januar, Anfang Februar fallen können, so sollen auch diejenigen, welche Schierke in den Weihnachtsferien aufsuchen, nicht leer ausgehen. Die Verwaltung des „Grand-Hotel Kurhaus" arrangiert auf der Kurhaus-Rodelbahn Preis-Wettfahrten für Rodelschlitten, Skeleton, Bobsleigh und sogar Schneeschuhsprünge, ebenso wird das gesellige Leben im Kurhaus gepflegt werden.

— **Bernburg,** 22. Dez. (Die Einweihung der Töchterschule) findet am 8. Januar, vormittags 10 Uhr, statt. Die Herzogin kommt, entgegen der Ankündigung, nicht.

(!!) **Jena,** 21. Dez. (Rektor Ramdohrs Hinterlassenschaft.) Von berufener Seite wird der „Jen. Ztg." mitgeteilt, daß die Nachrichten, welche über das Vermögen des hier verstorbenen Rektors a. D. Ramdohr in der Presse verbreitet worden sind, den Bestand bei weitem zu hoch angeben; ferner, daß die Träger des Namens Ramdohr wenig Aussicht haben, zur Erbschaft zu gelangen. Nach den bisherigen Mitteilungen ist es am Wahrscheinlichsten, daß die nächsten Erben von weiblichen Verwandten des Erblassers abstammen, daß also die Erben den Namen Ramdohr nicht tragen.

(—) **Ilmenau,** 21. Dez. (Schneegestöber.) Auf den Bahnhöfen Rennsteig und Schmiedefeld der Thüringer-Waldquerbahn Ilmenau-Schleusingen mußten in dieser Woche verschiedentlich Arbeiter zum Schneeschaufeln herangezogen werden. In der Ebene hat man dagegen bis jetzt noch keinen Schnee gesehen.

* **Gehausen** (S.-W.), 22. Dez. (Erstochen.) Eine blutige Schlägerei, bei der Messer und Stöcke die Hauptrolle spielten, fand in der Nacht vom Sonntag zum Montag zwischen Gehäuser und Wolfenbüttler Burschen statt. Dabei wurde der Gemeindediener Eiche durch 3 Stiche, von denen einer die Halsschlagader traf, erstochen. Er ist Vater von 5 Kindern.

:: **Gera,** 21. Dez. (Leichenfund.) In der Elster auf Milbitzer Flur ist der Leichnam eines 55 bis 60 Jahre alten unbekannten Mannes gefunden worden. Ein bei dem Toten vorgefundenes Taschentuch war mit einem G. gezeichnet. Etwaige Angaben, die zur Feststellung der Persönlichkeit des Leichnams führen könnten, erbittet der Erste Staatsanwalt zu Gera (Reuß).

Gerichtsverhandlungen.

W **Leipzig,** 22. Dez. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Handarbeiters Franz Hesse, verurteilt wegen Lustmordes am 20. Oktober vom Schwurgericht Hagen, nachdem ein früheres Urteil aufgehoben war. Weiter verworfen wurde die Revision des Tapezierers Paul Galetzka, der vom Schwurgericht Gleiwitz am 14. Oktober wegen Mord und schwerem Raub zum Tode verurteilt worden ist. Die Revision des Mitangeklagten Alfons Wonthas, der wegen Beihilfe zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde gleichfalls verworfen. Ferner wurde die Revision des Arbeiters Max Ponikan, der vom Schwurgericht Leipzig am 16. Oktober wegen Raubes und versuchten Mordes zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, verworfen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Aufruf zur Gründung eines Richard Wagner-Verbandes deutscher Frauen,

gelangt in diesen Tagen zur Versendung. Er lautet:

Nur fünf Jahre haben wir noch Zeit, den einzig würdigen Nationaldank zum 100. Geburtstage Richard Wagners vorzubereiten und noch ist nicht viel mehr als ein Viertel der als notwendig veranschlagten Summe beisammen. Um einigermaßen im Sinne des Meisters wirken zu können, muß sein letztes Vermächtnis, das er seinen Freunden ans Herz legte, die Bayreuther Stipendienstiftung auf eine Million Mark gebracht werden. Aus ihren Zinsen werden minder bemittelten Kunstfreunden je nach Bedürfnis Freiplätze, Reise- und Aufenthaltskosten in Bayreuth gewährt.

Sollte es da nicht an uns Frauen sein, für den großen Verherrlicher des deutschen Frauenideals und die Verwirklichung seines Lieblingsgedankens in ebenso tatkräftiger Weise einzutreten, wie seinerzeit für die Erweiterung der Schiller-Stiftung? Der „Schiller-Verband deutscher Frauen" hat in einem Zeitraume von fünf Jahren (1900—1905) durch kleine Jahresbeiträge von einer Mark an, die tausende von Frauen ohne das geringste persönliche Opfer zu leisten vermögen, ein Kapital von 200 000 Mk. angesammelt. Was hier möglich war, muß einem „Richard Wagner-Verband deutscher Frauen" auch gelingen; ist doch das Bestreben, den geistigen Hunger unserer minder bemittelten, aber oft kunstbedürftigsten Landsleute zu stillen, gewiß nicht geringerer zu bewerten, als die Verminderung materieller Notlagen.

Wir richten deshalb an alle deutschen Frauen die herzliche Bitte, sich, eingedenk der Stunden, da Richard Wagners Kunst ihre Seele hoch emportrug über den Alltag, mit einem ihren Mitteln entsprechenden Jahresbeitrag an dieser Sammlung zu beteiligen und in Freundeskreisen nach Kräften für unsere Sache zu werben. Anmeldungen zur Mitgliedschaft erbitten wir an die provisorische Geschäftsleitung: Fräulein Anna Held, Leipzig, Königstr. 26 I, oder an den Schatzmeister Herrn Gustav Herrmann, Leipzig, Parkstraße 8.

Unterzeichnet sind u. a. auch: Frau H. Engelbert Humperdinck, Berlin-Grunwald; Fräulein Marie Lipsius (La Mara) Leipzig; Frau Reinhard Kekulé von Stradonitz, Berlin; Frau Professor Nikisch, Leipzig; Frau Kammersängerin Luise Reuß-Belce, Dresden; Frau Professor Sternfeld, Berlin-Zehlendorf.

Hochschulnachrichten.

Der a. o. Professor der vergleichenden Sprachwissenschaft in Innsbruck Dr. A. Walde hat einen Ruf nach Gießen erhalten, wo er den nach Straßburg gehenden o. Professor Dr. C. Bartholomae ersetzen soll. — Wie die Deutsche Medizin. Wochenschrift mitteilt, hat Prof. Dr. M. Rubner, Direktor des hygienischen Instituts und Ordinarius für Hygiene in Berlin, die Berufung als Nachfolger von Prof. Dr. W. Engelmann auf den Lehrstuhl der Physiologie an der Berliner Universität angenommen. Bemerkenswert ist, daß mit Rubner nicht nur die Lehraufträge, sondern auch die Institute für Hygiene und Physiologie wechseln: das neue, unter der Leitung Rubners erbaute Hygienische Institut wird fortan das Physiologische, während das bisherige, unter du Bois-Reymond entstandene Physiologische Institut in das Hygienische umgewandelt d. h. umgebaut wird. — Die Winterstatistik der Berliner Universität darf ein besonderes Interesse in Anspruch nehmen, weil ja in diesem Semester zum ersten Male die Frauen immatrikuliert worden sind. Das Verzeichnis berücksichtigt sie in einer besonderen Uebersicht. Es sind im ganzen 400 Studentinnen immatrikuliert worden. Außer den 400 immatrikulierten Studentinnen haben noch 313 Frauen vom Rektor die Erlaubnis erhalten, Vorlesungen zu hören. — Dr. R. Höber, Privatdozent und Assistent am Physiologischen Institut der Universität Zürich wird zum 1. Januar in den Lehrkörper der Kieler Universität eintreten und zugleich eine Assistentenstelle am Physiologischen Institut übernehmen. — Professor Dr. Emil Pfersche, bisher Lehrer des römischen Rechts an der Prager deutschen Universität, übernimmt die Lehrkanzel des verstorbenen H. Krasnopolski für österreichisches Zivilrecht an der gleichen Universität. — Der Geograph, Ethnograph und Statistiker Prof. Dr. R. Mucke in Dorpat tritt im Januar 1909 in den Ruhestand. — Zum Nachfolger des Professors L. Wenger auf dem Lehrstuhle des römischen und bürgerlichen Rechts an der Universität Heidelberg ist, nachdem Prof. Dr. Emil Seckel (Berlin) den Ruf an die Ruperto-Carola abgelehnt hatte, der o. Professor Dr. jur. Otto Gradenwitz ausersehen. — In Hannover ist der Professor a. D. Dr. phil. Wilhelm Schaefer im Alter von 74 Jahren gestorben. Er war von 1872 bis Ostern 1908 Dozent der Nationalökonomie und Gewerbeökonomie an der Hannoverschen Technischen Hochschule. — Amtlich wird die Ernennung des Dirigenten der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Rostock, Dr. Honcamp, zum a. o. Professor in der dortigen philosophischen Fakultät bestätigt. — Auf eine 25jährige Tätigkeit als ordentlicher Professor an der Universität Bonn kann der Geheime Justizrat Dr. jur. Ernst Zitelmann zurückblicken. — Geheimer Regierungsrat Dr. phil. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Ordinarius der klassischen Philologie an der Berliner Universität und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, begeht am 22. Dezember seinen 60. Geburtstag.

Zum Prorektor der Universität Freiburg i. Br. für das Studienjahr Ostern 1909/10 wurde der o. Professor für romanische Philologie Dr. G. Baist gewählt. — Dem Baurat im preußischen Kultusministerium Professor Dr. phil. hon. causa A. Meydenbauer, dem Schöpfer des Meßbildverfahrens, ist von der Technischen Hochschule in Hannover die Würde eines Doktor-Ingenieur verliehen worden. — Die Zahl der Studierenden an der Technischen Hochschule in Aachen beträgt in diesem Semester 564, mit Hörern und Gasteilnehmern 790. — Dr. K. Grünberg (aus Stralsund) hat sich an der medizinischen Fakultät der Universität Rostock als Privatdozent niedergelassen. — Der o. Professor an der Technischen Hochschule in Wien, Dr. R. Engländer, ist im Alter von 59 Jahren in Wien gestorben.

Professor Robert Koch ist an Stelle des verstorbenen Ministerialdirektors Althoff in das Präsidium des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose gewählt worden.

Ein akademisches Olympia wird am 11. Juli 1909 zur Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig von den dortigen Turn- und Sport-Vereinen veranstaltet werden. Man beabsichtigt, für diese Spiele die Austragung der deutschen Hochschulmeisterschaften von der Deutschen Sportbehörde für Athletik zu erbitten. Die Universität Leipzig stellt die Stiftung eines Preises in Aussicht, der im klassischen Fünfkampf dem Sieger winkt.

Eine neue Infektionskrankheit. In verschiedenen Orten Niederösterreichs tauchten neuerdings bei Kindern Krankheitsfälle auf, deren charakteristisches Symptom vollständige Lähmungen waren. Als Ursache ergab sich eine Entzündung des Rückenmarks, die sich von bösartigen Krankheitsformen dieser Art, wie man sie bei Erwachsenen findet, durch nachfolgende Heilung unterscheidet. Nun ist durch einen interessanten wissenschaftlichen Versuch der infektiöse Charakter dieser Kinderkrankheit festgestellt. In einer Sitzung der Gesellschaft der Aerzte berichtete der Professor Landsteiner, daß es ihm gelungen sei, diese akute Krankheit auf Affen zu übertragen, wodurch ihre Natur als Infektionskrankheit erwiesen scheint.

Theater und Musik.

Theaterskandale.

Das Elitepublikum des Rosé-Quartetts veranstaltete im Bösendorfer Saal in Wien anläßlich der Uraufführung eines Quartetts von Schönberg einen großen Skandal, der zu Tätlichkeiten auszuarten drohte. Schönberg, ein unzweifelhaft begabter Komponist, scheint das Problem lösen zu wollen, mit vieltausend Tönen jede Musik zu vermeiden. Der weitaus größte Teil des Publikums wurde von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081223014/fragment/page=0003

Satz zu Satz nervöser. Als die Jugend demonstrativ applaudierte, wurden sogar Schlußrufe laut und minutenlang mußten die Geiger des Quartetts und Frau Gutheil-Schoder, die den unsagbar schwierigen Gesangspart übernommen hatte, ihren Vortrag unterbrechen. Endlich beruhigte man sich und ging, nachdem ein Beethoven-Quartett Oel auf die Wogen gegossen hatte, friedlich auseinander.

Im Stadttheater zu Diedenhofen kam es anläßlich der Aufführung der französischen Stückes „La fille de Roland" zu ostentativen Demonstrationen. Jedesmal, wo von dem Ruhm und der Ehre Frankreichs die Rede ist, gab es einen tosenden Beifall. An der Stelle, wo Charlemagne sagt: „Nach trüben Tagen wird der Ruhm Frankreichs um so heller erstrahlen" und mit den Worten schließt: „Pour le Christe et la France" erhob sich ein derartig fanatischer Beifall, daß die anwesenden Offiziere mit ihren Damen das Theater verließen.

*

Ein häßlicher Skandal spielte sich kürzlich im Saale der Dworjanskoje Ssobranje in St. Petersburg während der Generalprobe zum Siloti-Konzert ab. Da Schaljapin mitwirkte, war der Saal trotz der hohen Preise bis auf den letzten Platz gefüllt. Nachdem Glasunow seine Symphonie dirigiert hatte, bat Siloti Schaljapin auf die Estrade zum Vortrage von Sachsens Monolog aus den Meistersingern. Auf Wunsch des Dirigenten, der das Stück mit dem Sänger noch nicht probiert hatte, sang dieser nur mit gedämpfter Stimme, zum großen Aerger des Publikums, das nach vergeblichen Zwischenrufen: „Nicht sprechen, sondern singen!" zu zischen und zu pfeifen begann. Der Lärm wiederholte sich in verstärktem Maße, nachdem der Dirigent abgeklopft, den Sachverhalt erklärt und dann von neuem begonnen hatte, da Schaljapin auch diesmal nicht mit voller Kraft sang. Schließlich verließ der Sänger unter dem Pfeifen und Zischen des Publikums den Saal. Schaljapin erklärte, niemand habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß er auf der Probe singen müsse, wozu nach seiner Meinung die Konzerte da seien; außerdem habe er am Tage vorher eine große Partie gesungen, und es gehöre nicht zu seinen Gepflogenheiten, seine Stimme zu überanstrengen.

Vermischtes.

Der Herr „Direktor."

Die Wiege des durch den Reklameschwindel bekannt gewordenen „Direktors" Peter Ganter stand 1877 in Poppelsdorf bei Bonn, wo sein Vater, ein ehrsamer Handwerker, ein kleines Häuschen besaß. Ueber den Lebenslauf Ganters entnehmen wir der „Rheinisch-westfälischen Zeitung" folgendes:

Nachdem der hoffnungsvolle Jüngling in seiner Heimatstadt herangewachsen war, wurde er Geschäftsmann und zwar zunächst Inseraten-Akquisiteur für verschiedene Firmen in Köln, Frankfurt a. M. und Berlin. Von Tatendrang erfüllt, machte er dem damaligen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe in einer Eingabe den Vorschlag, mit Hilfe einer neuen Exportzeitschrift, deren Leitung G. natürlich selbst übernehmen wollte, den Export Deutschlands auf ungeahnte Höhen zu bringen. Der Reichskanzler lehnte ab, da für derartige Zwecke keine Mittel zur Verfügung ständen.

Wegen dieser Ablehnung — andere behaupten, wegen einer Liebesgeschichte — machte G. im Frühjahr einen Selbstmordversuch und lag wochenlang mit einer schweren Schußwunde in der Brust im Krankenhause. Genesen, war er für eine Kölner Firma als Inseraten-Agent tätig und kam Frühjahr 1900 in derselben Tätigkeit nach Berlin an das „Berliner Fremdenblatt". Nach kurzer Zeit besaß er das Vertrauen des Haupteigentümers in dem Maße, daß dieser sich mit G. assoziierte und ihm trotz aller Warnungen nach und nach von Mai bis September 1900 ca. 150 000 Mark zur Hebung beider Blätter zur Verfügung stellte.

Von jetzt an war G. „Der Herr Direktor"; er hielt sich elegante Equipagen, besuchte vier Wochen im „Interesse des Geschäfts" die Pariser Weltausstellung und versuchte sich außerdem in Berlin im Feen-Palast als Varietétheater-Direktor. Mitte September 1900 war das Geld zu Ende, ohne daß G. einen Erfolg aufweisen konnte. Der „Herr Direktor" wurde nun an die Luft befördert.

Als „Direktor" wandelte G. auch auf Freiersfüßen. Mitte Juli 1900 erließ er eine große Heirats-Annonce, wonach der „Besitzer eines Weltblattes", ein Mann von schöner Erscheinung (in Wirklichkeit ist G. klein, unansehnlich und auf einem Auge scheel), „der mehrere Sprachen beherrscht" (in der Tat spricht er den schönen Bonner Dialekt und beherrscht nicht einmal richtig die deutsche, geschweige denn fremde Sprachen) usw., eine Frau sucht. Der Erfolg blieb aus. G. heiratete aber einige Zeit später ein wohlhabendes Mädchen aus Potsdam, das er als Künstlerin ausbilden ließ. Die Hoffnung, auf diese Weise goldene Berge zu verdienen, verwirklichte sich nicht und G. ließ sich scheiden. Eine Darlehnsbank, die er mit seinem Freunde, dem Buchhändler F. C. zusammen in Berlin W., Genthinerstraße 39, eröffnete, wollte auch nicht florieren, obwohl G. zweimal Geldleute mit ca. 70 000 Mark fand. Zwei Riesen-Geldschränke, die im Geschäftslokal standen, brachten auch keinen Erfolg.

G. verlegte nunmehr seine Tätigkeit auf andere Gebiete; er vermittelte den Verkauf von Gütern und wäre beinahe selbst „Rittergutsbesitzer" geworden, wenn die Gerichte das nicht falsch aufgefaßt und ihn auf einige Monate in eine „Erholungsanstalt" geschickt hätten. Kaum zurück, bezog G., nachdem er sich zum zweiten Male gut verheiratet hatte, eine elegante Wohnung Berlin W., Courbierestr. 4. Der „Herr Direktor" hatte Telephon, fuhr immer Automobil, trug einen schönen Pelz und eröffnete nunmehr in der Poßstraße eine „Bank der Berliner Grundbesitzer". Dieses Geschäft florierte aber auch nicht, und G. wollte nun mit Hilfe einer deutschen Landgesellschaft den Polen Güter entreißen. Man verzichtete aber auf seine Dienste. Deshalb schlug sich G. auf die andere Seite, um den Deutschen Güter für die Polen zu entreißen. Hierzu brauchte er aber wiederum Geld; er inserierte und bot einem sich Meldenden gegen Einlage von 10 000 Mark einen Direktorposten mit einem jährlichen Fixum von 1000 Mark auf 10 Jahre. Damit hatte er aber auch kein Glück. G. fand aber wieder neue Dumme, die es ihm ermöglichten, nunmehr Kurfürstendamm, der teuersten Gegend Berlins, eine erste Etage für 4000 Mark zu bewohnen und seinen neuesten Streich auszuführen.

*

Die Haftentlassung Ganters abgelehnt.

München, 22. Dez. Den „Münch. N. N." zufolge wies heute die Strafkammer des Landgerichts München I die von Ganter eingelegte Haftbeschwerde ab.

Studentenkrawalle.

Ein Polizeichef, wie er sein soll, ist Herr Lépine in Paris. Er hat ganz allein in vorbildlicher Weise einen der Studentenkrawalle beschwichtigt, die im Quartier Latin an der Tagesordung sind. Es handelte sich um eine Manifestation der Studenten der medizinischen Fakultät wegen einer Prüfungserschwerung. Wie gewöhnlich, kam es zu Schlägereien mit den Polizisten, und Militär wurde in die Höfe der Sorbonne geschickt und mit Gemüse und faulen Eiern beworfen. Dann stürmte ein Trupp von ungefähr sechshundert Mann zum anderen Seineufer hinüber, um bei den Zeitungen gegen die Vergewaltigung der Universität durch die Polizei zu protestieren.

Auf dem Platz vor dem Palais Royal fanden die sechshundert Demonstranten aber Herrn Lépine, der ihnen in seiner humoristischen Art eine kleine Rede hielt. Er machte sie auf das Unbesonnene ihrer Handlung aufmerksam und schlug ihnen vor, wieder ans linke Ufer zurückzumarschieren. Er selbst wolle die Führung des Marsches übernehmen. In der Tat stellte er sich an die Spitze des Zuges, in die Arme zweier Studenten eingehänat, und sang im Takt des Laternenmarsches „Au quartier". So ging der Marsch durch das Louvre zurück ins Quartier Latin; nachdem Lépine unterwegs von einer Blumenhändlerin noch Rosen und Veilchen gekauft und sie unter seiner Schar verteilt hatte, kam der Zug an der Ecole de médecine an.

Er kommandierte dann nach Hause gehen, und die jungen Leute gingen auseinander, indem sie „Vive Lépine" riefen.

An der Berner Hochschule ist zwischen einem Universitätslehrer und seinen Hörern ein Zwist ausgebrochen, in dessen Verlauf es sogar zu einem Nationalitätenkampf kam. Zwischen dem Professor der Chemie an der Universität Bern, Friedheim, und seinen Studenten brach ein Konflikt aus, weil Friedheim mehrere Pharmazie Studierende — wie behauptet wird — ungerechterweise durchfallen ließ. Russische Studenten und Studentinnen stellten sich dabei eifrig auf Friedheims Seite, worauf Schweizer und Russen aneinander gerieten. Prof. Friedheim reichte bei der Berner Regierung sein Entlassungsgesuch ein. Gestern wurde er von 150 Schweizern auf der Straße ausgepfiffen.

Polizeihunde auf der Fährte. Wie bei jedem schweren Verbrechen ist auch gestern bei dem Morde an der Arbeiterin Pagel im Norden Berlins die Verwendung von Polizeihunden erfolgt. Es wurde zunächst ein noch junger Airedalterrier an die Leiche gebracht. „Schnauzer" beschnüffelte von allen Seiten die Tote und lief dann sofort sehr sicher auf eine Spur nach der Raumerstraße bis an die Ecke der Senefelderstraße, wo er in eine Kneipe hineinging. Der Wirt dieser Kneipe wurde darauf sofort vernommen und konnte auch angeben, daß in den Morgenstunden zwischen 6 und 7 Uhr ein Mann dagewesen sei, der als Verdächtiger in Betracht kommen kann. Etwa eine Stunde später wurde der deutsche Schäferhund „Prinz" an die Leiche gebracht. Man hatte inzwischen aus dem Munde der Toten ein rotes Tuch herausgezogen, das als Knebel zusammengedreht war und das tief im Halse steckte. Dieses rote, baumwollene Taschentuch, das unzweifelhaft der Ermordeten nicht gehört, sondern wohl dem Besitze des Täters entstammt, wurde Prinz vorgehalten. Der Hund nahm die gleiche Spur auf wie „Schnauzer", bog in die Raumerstraße ein und führte wieder nach der Ecke der Senefelderstraße, wo er in der Kneipe noch ein rotes Taschentuch apportierte. Vielleicht gehört auch dieses dem mutmaßlichen Täter und führt zu seiner Ermittlung.

Die Krefelder „Tanzhusaren" heiraten. Einige Jahre sind es schon her, seit der Kaiser den jungen Damen von Krefeld die Verlegung eines Regiments Husaren in ihre Stadt versprach. Aber das „Husarenfieber" hat sich doch nicht so hitzig gestaltet, wie die beiden dramatischen Kompagnons es in ihrem Schwank dargestellt haben. Es wurde sogar behauptet, daß die „Krefelder Husaren" der höheren Chargen den neuen Mitbürgern mit kühler Reserve gegenüberständen. Und die junge Dame, die damals dem Kaiser über den Mangel an Leutnants geklagt hatte, hat sich schließlich nicht der bewaffneten Macht angeschlossen, sondern einem beamteten Zivilisten die Hand gereicht. Jetzt scheint aber das Eis gebrochen zu sein. Die Blätter bringen die Anzeige der ersten Verlobung, die sich zwischen „unseren Husaren" und der Krefelder Industriewelt vollzogen hat: ein Fräulein v. Beckerath hat sich mit dem Rittmeister v. Madaï vom Krefelder Husaren-Regiment verlobt.

Liebesdrama. In Augsburg hat ein kaum den Kinderschuhen entwachsenes Liebespaar, der 18jährige Installateur Knopp und die gleichaltrige Kaufmannstochter Eberle, wegen Aussichtslosigkeit einer ehelichen Verbindung seinem Leben ein Ende gemacht. Sie töteten sich in der elterlichen Wohnung des Mädchens durch Einatmen von Leuchtgas.

Mordversuch am Schwiegervater. Im niederrheinischen Dorfe Neuenhausen wurde ein Mann verhaftet, der seinen Schwiegervater durch mehrere Stiche in den Kopf tödlich verletzte. Der Verhaftete erklärte bei seiner Vernehmung, er sei Anarchist und habe ein Urteil des Düsseldorfer Anarchistenbundes zu vollstrecken, wonach er entweder den Schwiegervater oder die Frau töten müsse. Wenn ihm dieses bis jetzt nicht gelungen, werde er später den Mord ausführen.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich bei Gembloux in Belgien ereignet. Ein Automobil, in dem sich der Neffe des Ministerpräsidenten Schollaert und dessen Freund befand, fuhr mit voller Kraft gegen einen Baum. Beide Insassen wurden herausgeschleudert. Der Neffe des Ministerpräsidenten blieb bewußtlos liegen und erlitt einen Schädelbruch. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Chauffeur wurde nur leicht verletzt.

Rückkehr einer verloren geglaubten Barke. Die dänische Barke „Havila", die von Tacoma mit einer Weizenladung nach Europa unterwegs war, traf, wie aus London gemeldet wird, am Sonntag, nachdem sie fünfzig Tage auf der Liste der überfälligen Schiffe gestanden hatte, in Folmouth ein. Die Fahrt hatte 192 Tage gedauert, und man hatte natürlich das Schiff für verloren gehalten. Der Kapitän hatte viel über Eisberge und Stürme zu berichten. Vor den Falklands-Inseln geriet das Schiff in einen Zyklon. Eine gewaltige Woge riß vier Leute vom Deck, von denen jedoch zwei durch eine von anderer Seite kommende Woge wieder auf das Deck zurückgetragen wurden. Ein dritter wurde durch ein zugeworfenes Tau gerettet und ein vierter konnte ebenfalls ein Tau ergreifen, wurde dann jedoch betäubt, so daß ein tapferer Matrose sich erbot, ihn aus dem Wasser zu holen. Der tapfere Mann wäre dabei nahezu selbst verunglückt, trotzdem man ihn an eine Rettungsleine gebunden hatte. Er brachte seinen Kameraden mit Hilfe der Leute an Bord bis an die Seite des Schiffes. Als aber die Matrosen an Deck die Seestiefel des Ohnmächtigen ergriffen, um ihn an Bord zu ziehen, gaben die Stiefel nach und der Mann versank lautlos in den Wellen.

Die Tochter Mark Twains, Fräulein Mary Clemens, erlitt auf einer Schlittenpartie, die sie im pennsylvanischen Gebirge mit dem bekannten russischen Künstler Ossip Gabrilowitsch unternahm, einen schweren Unfall. Sie wurde aus dem Schlitten geschleudert und schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Kriegsminister Picquart über die Armeen Deutschlands und Frankreichs.

Paris, 22. Dez. In der heutigen Sitzung der französischen Kammer führte der Kriegsminister Picquart weiter aus:

> Alles in allem ist unsere Organisation besser als die deutsche. Die Zahl unserer Geschütze ist bedeutend größer, als es augenblicklich scheint. Wir können uns mindestens als ebenbürtig betrachten. (Beifall.) Der Minister wies darauf hin, daß die französischen Geschütze 522 Schuß gegen 360 der deutschen haben, und rechtfertigte die Schaffung neuer Artillerieregimenter mit der Notwendigkeit, die ausgezeichnete Führung in der Feuerlinie sicherzustellen. Der Regierungsentwurf sei weniger kostspielig als der Vorschlag Messimys, keinesfalls kein er (der Minister) die Verantwortung für eine Periode der Desorganisation übernehmen, die ganz bedenklich sein würde. (Beifall.) Picquart schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zu dem Patriotismus des Parlaments, daß es die Vorlage annehmen werde. (Lebhafter Beifall.)

Messimy zog seinen Antrag zurück, er werde jedoch gegen die Einzelberatung stimmen. Diese wurde mit 473 gegen 75 Stimmen beschlossen. Die Sitzung wurde dann vertagt.

Beilegung des Holländisch-Venezolanischen Konflikts. — Castro gestürzt?

Newyork, 22. Dez. Aus Willemstadt wird gemeldet, daß die neue venezolanische Regierung das Dekret widerrufen hat, das die Umladung bestimmter Güter in Willemstadt verbietet. Die Aufhebung dieser Maßregel kommt nach der in Willemstadt herrschenden Auffassung praktisch auf Beilegung des holländisch-venezolanischen Streites heraus; man folgert daraus, daß die Herrschaft Castros in Venezuela beendet ist.

*

Newyork, 22. Dez. Aus Caracas wird vom 21. Dez. der Sturz Castros gemeldet, nachdem am Sonnabend ein Komplott gegen das Leben des Vizepräsidenten Gomez vereitelt war. Zwischen dem in Berlin weilenden Castro und seinen hiesigen Agenten sind seit den Kundgebungen gegen den Präsidenten am 13. und 14. Dez. geheime chiffrierte Kabel-Telegramme gewechselt worden. Ein bedeutender Rechtsanwalt erhob bei dem Bundesgericht in Caracas die Beschuldigung, an dem Attentat mitschuldig zu sein und schlägt vor, den Präsidenten in den Anklage-Zustand zu versetzen.

Weiter wird aus Caracas berichtet, daß die Bank von Venezuela heute durch Kabeltelegramm den bei lierten Banken dem Präsidenten Castro bei seiner Abreise eingeräumten unbeschränkten Kredit gesperrt hat.

Schweres Eisenbahnunglück.

Metz, 22. Dez. Heute nachmittag 4 Uhr 21 Min. stieß bei Lesalvon-West der Personenzug 1074 auf eine vom Metzer Hauptbahnhof falsch abgelassene Maschine. Ein Lokomotivführer und drei Reisende sind ziemlich schwer, zehn Reisende leichter verletzt.

Thronfolger-Aussichten in Holland.

Haag, 22. Dez. Die Regierung teilte der Kammer mit, daß sich die Königin seit länger als vier Monaten in gesegneten Umständen befindet.

Korruption unter Pittsburger Stadtverordneten.

Frankfurt a. M., 22. Dez. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus Newyork wurden in Pittsburg sieben Stadtverordnete und zwei Bankiers wegen einer Bestechungsangelegenheit verhaftet.

Offizielle Entschuldigung des serbischen Kronprinzen.

Belgrad, 22. Dez. Von amtlicher Seite wird die Meldung, der Kronprinz habe am Namenstage des russischen Zaren durch seine Rede in der russischen Gesandtschaft einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, als Erfindung bezeichnet. (Siehe auch unter Ausland.)

Eine Protestnote Bulgariens.

Sofia, 22. Dez. Die bulgarische Regierung übersandte heute den Vertretungen der Großmächte eine Verbalnote, in der sie sich unter Hinweis auf die bisherige korrekte Haltung und Verständigungsversuche Bulgariens über die unfreundliche Sprache der türkischen Thronrede gegen Bulgarien beschwert. Die Note fußt auf dem ersten, unrichtig übersetzten Wortlaut der Thronrede und führt u. a. auch den irrtümlich angenommenen Kausalnexus zwischen der Proklamierung Bulgariens zum Königreich und der Annexion Bosniens an. Durch die erfolgte Veröffentlichung des authentischen Textes der Thronrede wird die Beschwerde teilweise gegenstandslos.

Von der Reformierung der türkischen Gendarmerie.

Konstantinopel, 22. Dez. Es bestätigt sich, daß Nobilaut, der Reformator der mazedonischen Gendarmerie, behufs der allgemeinen Reorganisation der türkischen Gendarmerie in türkischen Diensten bleiben soll. Die hierauf gerichteten Verhandlungen sind noch nicht beendet.

Unterhaltungsblatt.

Nemesis. Roman von B. v. d. Lancken. (Fortsetzung.) — Ein Paket. Von G. Sternau. — Bunte Zeitung. Amerikanisches Weihnachtsspielzeug. — Das beste Weihnachtsgeschenk. „Gerechte Lyncher."

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: J. V. Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — (einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081223014/fragment/page=0004

Berliner Börse, 22. Dez. 1908

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*i* 11.6.12.	q_2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lev, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3¼%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.				Schönb. 04	d	3½	91.50G	Russ EBA.I.II	q_1	4	—.—	Halle-Hettst	d	3½	—.—	Nrdd. Gr. XII	d	4	99.40bG	Krupp-Oblig	a	*4	—.—	Cth fFbwOb3	a	4	95.50G	CalmonAsb	1	6	98.75bG	Kali Aschrsl.	1	10	139.50bG	Schl.El.uGas	1	9	169.00bB												
Dt. Rchs.Sch	d	4	100.60G	Schwerin i M	a	3½	91.50G	do. do. 02	d	4	83.70bG	Halb Blnk.84	a	3½	—.—	do. XIV	d	3½	96.00G	do. 1908	a	*4	93.50bG	Dtsch.Ans.B.	a	4	94.50G	Carol.b.Offl.	1	28	467.50bG	Kapler Masch	1	4	63.50bB	do. do. B	1	10	165.75G												
do. 1.4.12	d	4	100.70G	Spandau 91	d	4	100.50G	do. do. 05	a	4½	97.00bG	do. 1895/03	a	3½	91.20B	do. XV. u. 15	a	4	99.50bG	Lahm.&Co. 3	d	*4½	93.40b	Landb.Obl.3	a	4½	99.60bG	Carlshütte	7	7½	110.50b	Kattowitz.Bg	4	14	226.50bG	do. Kohlen	7	0	17.75bG												
do. 1.7.12	a	4	100.70G	do. 95	d	3½	—.—	do. Staatsrnt	q_3	4	—.—	Mckl. Fr. Wlh	a	4½	100.00G	do. XVI. u. 17	a	4	100.00bG	Laurahütte	a	*4	—.—	B.f.Ornt.EbO	a	4	—.—	Cart.Loschw	7	19	283.25G	Keula Eisen	7	5	93.00bG	do. Ln. Krmst	9	9	136.25G												
do. 1.4.09	d	3½	100.30G	Stargardi.P.	d	3½	—.—	do. Nicolai-B	e	4	—.—	Nordh. Wrn.E	d	4	—.—	do. VII.-IX.	a	3½	91.00G	do.	c	*3½	91.75G					1601-2600	7	9	150.60G	Kayling&Th.	1	8	120.50G	do. Pfl. Cem.	1	12	150.40bG												
Pr.Schatz 12	a	4	100.60b	Stendal 01	a	4	100.10G	do. Prm.A.64	a	5	370.00G	Zschpb Finst	d	4	—.—	do. XIII. u. 12	d	3½	92.00G	Löf.EyckSt 5	d	*4½	—.—	**Brauerei-Aktien**				CasselFedst	1	12	194.75G	Kirchner&C.	7	16	211.50G	Schf.Schulte	7	10	126.50B												
Dt.Rchs-Anl.	d	3½	94.50bG	do. 03	d	3½	—.—	do. do. 66	c	5	—.—	Böhm.NrdbG	a	4	—.—	Pfälz.Hp.Pfb	v	3½	—.—	Leonh.Brk. 3	a	4½	99.60G	**Berliner**				Charlottenh.	7	8	115.50bG	Klaus.Sp.ab	7	18	79.00bG	H.Schneider	7	7	143.50B												
do. do.	d	4	102.50bG	Stettin	a	3½	91.80G	do. Bodener.	a	5	106.25G	Dux-Bodnb fl	a	5	—.—	Pr.Bod.Pf.IV	a	4½	114.50G	Ldw Löwe&C	d	*4	99.50G	Srl Unionsbr	O	3	94.75b	Charl.Wass.	O	14	280.00bG	KöhlmannSt.	O	18	250.30bG	Schöll.EitKg	5	0	89.60bG												
				de. 1904	d	3½	91.50B	do. conv.Obl.	a	3,8	76.75bG	do. Mark	a	5	—.—	XIII.XIV.XVII	v	4	98.10bG		a	4	98.75B	Bock.cv.u.s	O	5	103.75bG	Bucka	O	17	182.50G	Koll.&Jourd.	5	15	243.25G	Schemburg	O	10	139.50b												

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Postscheckverkehr.

I.

Zur Einführung am 1. Januar 1909.

Die eben erst überwundenen Schwierigkeiten auf dem Geldmarkte unterschieden sich von früheren Perioden knappen Geldstandes hauptsächlich durch den bis zur Kalamität gesteigerten Mangel an baren Umlaufsmitteln. Es leuchtet ein, dass mittels des Scheckverkehrs ein sehr grosser Teil aller Zahlungen ohne die Inanspruchnahme der umlaufenden Barmittel erfüllt werden kann. Einer Verallgemeinerung der Benutzung der von Banken und grösseren Bankgeschäften bisher schon getroffenen Scheckverkehrseinrichtungen stand der Umstand im Wege, dass es an gesetzlichen Bestimmungen fehlte, durch welche die mannigfachen Unsicherheiten bei der Bezahlung durch Anweisungen vermieden werden konnten. Diesem Uebelstande ist durch das Inkrafttreten des Scheckgesetzes vom 11. März 1908 erschöpfend abgeholfen worden.

Nun war auch der Weg offen für die Erfüllung der schon vor Jahren erhobenen Forderung auf Einführung des „Postüberweisungs- und Scheckverkehrs".

Unterm 6. November 1908 hat der Reichskanzler eine Verordnung über den Postüberweisungs- und Scheckverkehr (Postscheckordnung) im Reichspostgebiete erlassen, welche am 1. Januar 1909 in Kraft tritt. Bayern und Württemberg, die selbständige Postverwaltungen besitzen, haben in dankenswerter Weise Verordnungen erlassen, die sich in völliger Uebereinstimmung mit denen im Reichspostgebiete befinden. Innerhalb des Deutschen Reiches sind 13 Postscheckämter eingerichtet worden, und zwar in: Berlin, Danzig, Breslau, Leipzig, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt a. M., Karlsruhe, München, Nürnberg, Ludwigshafen und Stuttgart, neben welchen aber auch sämtliche Postanstalten und Postagenturen in den Dienst des Postscheckverkehrs gestellt werden. Den Postscheckämtern liegt die Führung der Konten ob. Jedermann ist berechtigt, sich ein Postscheckkonto eröffnen zu lassen. Hierin weicht das Verfahren vom Bankverkehr wesentlich ab. Die Postscheckämter haben nicht das Recht, den Antrag auf Eröffnung eines Kontos abzulehnen, etwa aus dem Grunde, weil die Vermögensverhältnisse des Antragstellers nicht sicher erscheinen. Die einzige Bedingung ist, dass der Antragsteller eine Stammeinlage von 100 Mk. halten muss, solange sein Konto besteht. Der Antrag ist am besten durch Vermittelung der Postanstalt zu stellen, durch welche der Antragsteller seine Postsachen erhält. Die zuständigen Postscheckämter nehmen jedoch auch Anträge unmittelbar entgegen. Für die Oberpostdirektionsbezirke Halle (Saale), Chemnitz, Dresden, Leipzig, Erfurt ist dies das Postscheckamt „Leipzig".

Antragsformulare sind an den Schaltern der Postanstalten zu haben. Bei Ehefrauen muss der Ehemann zum Zeichen seines Einverstandes den Antrag mit unterschreiben. Jedes Konto erhält eine Kontonummer. Dem neuen Kontoinhaber übersendet das Postscheckamt zwei Formulare zur Abgabe seiner Unterschrift, wie er sie bei Ausstellung von Zahlungsanweisungen und Schecks zu geben gedenkt.

Der Kontoinhaber kann Zahlungen, die er zu leisten hat, durch einen Scheck über den Zahlungsbetrag leisten oder, falls der Zahlungsempfänger auch Kontoinhaber ist, die Zahlung durch Ueberweisung von seinem Konto auf das des Empfängers bewirken; er kann bei Zahlungen, die er zu empfangen hat, dem Zahlungspflichtigen durch Mitteilung seiner Kontonummer, die etwa durch Aufdruck auf Rechnungen, Briefbogen usw. erfolgt, nahe legen, die Zahlung durch Einzahlung des Betrages auf sein Konto zu bewirken.

Für denjenigen, der ein eigenes Postscheckkonto nicht besitzt, wird die Leistung von Zahlungen im Postscheckverkehr vor allem den Vorteil haben, dass er die Portokosten erspart, indem die Ueberweisungsgebühr nicht von dem Einzahlenden, sondern von dem Kontoinhaber erhoben wird.

Weitere Ersparnisse und Vorteile sowie die verhältnismässig geringen Mängel der Verordnung werden gelegentlich einer Besprechung über die Gebühren und Formalitäten des Ueberweisungsverkehrs dargelegt werden. **F. T.**

Aufhebung des amerikanischen Stahlzolls?

Carnegie sagte, wie aus New York berichtet wird, vor der Tarifkommission aus, Amerika könne Stahl billiger produzieren als irgend ein anderes Land. Der Schutzzoll sei unnötig und unberechtigt. Die Ziffern der anderen Fabrikanten seien falsch. Der Kongress solle die Angaben der Interessenten nicht beachten und den Stahlzoll aufheben.

Zentrale für Bergwesen G. m. b. H. in Frankfurt a. M.

Das Institut, welches unter Ausschluss jeder spekulativen Tendenzen einen überwiegend wissenschaftlichen Charakter hat, zählt zu seinen Gesellschaftern eine Reihe erster Banken, Unternehmungen und Privatfirmen. Auf Beschluss der Generalversammlung vom 14. Juli d. J. wurde laut „Börsen-Courier" eine Herabsetzung des Stammkapitals von 530 000 Mk. auf 185 000 Mark vorgenommen, um die aus den ungünstigen Ergebnissen seiner ersten Geschäftsjahre bestehende Unterbilanz zu beseitigen und zugleich neue Gesellschafter aufzunehmen, wodurch das Kapital wieder auf 250 000 Mk. gebracht wurde. Der erzielte Buchgewinn diente zu einem Teil auch zu ausserordentlichen Abschreibungen auf das Gesellschaftshaus und zur Bildung eines Reservefonds. Dieser erscheint in der pr. 1. Juli 1908 aufgemachten, der Rekonstruktion aber trotzdem bereits Rechnung tragenden Bilanz mit 97 990 Mk. Andererseits waren Gebäude mit 109 876 Mk., Mobilien mit 1 Mk., die Bibliothek mit 19 151 Mk. bewertet. An Debitoren waren 69 999 Mk. vorhanden, Kreditoren hatten 4691 Mk. zu fordern. Die hypothekarische Belastung beträgt 50 000 Mk., den Anlagekonten steht noch eine Abschreibungs- und Baureserve von zusammen 47 157 Mark gegenüber. Ein Gewinn- und Verlust-Konto wird nicht veröffentlicht. Im Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis 30. Juni 1908 wird von der Errichtung einer maschinentechnischen Abteilung Kenntnis gegeben. Der wissenschaftliche Beirat hat eine Erweiterung durch den Eintritt der Herren Dr. P. Arndt und Dr. E. Deckert, Professoren an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, erfahren. Während der 18 Berichtsmonate wurden 43 Gutachten erstattet. Es wurde eine ausführliche Liste über die jetzt bekannten Wolframvorkommen und in Betrieb befindliche Wolframgruben angefertigt. Mit der Zusammenstellung ähnlicher Listen für Kupfer, Blei, Zink, Wismut und Arsen ist das Institut beauftragt. Eine Auskunft wurde auch erteilt in einer Erzaufbereitungsangelegenheit für Japan. Auf dem bergmännischen Gebiete wurden der Gesellschaft im Jahre 1907 drei weitere Oberleitungen übertragen, so dass sie im ganzen vier inne hatte, von denen aber zwei zu Ende gingen. Das Jahr 1908 hat sich laut Bericht bis jetzt weniger günstig angelassen, indem die ungünstige Geschäftslage, besonders der Rückgang der Metallpreise, die Unternehmungslust im Erzbergbau stark beeinflusste. Umfangreichere Aufträge zur Begutachtung auf diesem Bergbaugebiete, die einen erheblichen Anteil der Einnahmen des Instituts ausmachen, liefen nicht ein.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 195,75, Diskonto 179,50, Deutsche Bank 241, Kanada 176,25, Paketfahrt 110,25, Nordd. Lloyd 88,75, Russische Anleihe von 1902 83,62, Laurahütte 194,50, Bochumer Guss 219,12, Harpener 192,37, Gelsenkirchen 187,87, Berliner Handelsgesellschaft 168,62, Baltimore 107,30, Phönix 174,37, Dresdner Bank 147,37, Schaaffhausen 132,60, Lombarden 18,75, A. E.-G. 218,60, Siemens & Halske 204,50, Deutsche Uebersee 149,50. — Tendenz: Schwächer.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Gebhard und König 1, Alsen Zement 2,50, Westfalia Zement 2, Dürener Metall 3,25, Düsseldorfer Waggon 1,75, Harkort Brücken 1, Herbrand Waggon 1,50, Arthur Koppel 1, Leipziger Werkzeug 1, Linke 1, Orenstein u. Koppel 1,50, Hotelbetriebs-Aktien 1, Silesia 1,50, Stoewer Fahrrad 1,80, Schuhfabrik 3,25, Albert chem. Fab. 3,50, Ryk chem. Fabr. 1, Berlin-Gubener Hutfabr. 1,50, Delmenhorster Linoleum 2,50, Deutsche Gasglühlicht 1, Kahla Porz. 2, Rosenthal Porz. 1, Rhein. Spiegelglas 1, Rottweil Pulver 1, Kostheim Zellulose 3,50, Berzelius 1, Bismarckhütte 1, Caroline 1,25, Charlottenhütte 1,25, Gelsenkirchen Gussstahl 1,25, Harzer Werke 1,70, Meggener Walzwerk 3,30, Rhein.-Nassau 3,75, Langendreer 1, Westfäl. Stahlwerke 1,50, Witten Gussstahl 1; niedriger: Brauerei Pfefferberg 1,50, Omnibus-Ges. 2,50, Harburg-Wien Gummi 4,50, Lübecker Masch. 1,50, Oranienburg, chem. Fab. 2, Neuroder Kunst-Aukt. 1,50, Bemberg Spinnerei 1,50, Bremer Wolle 1, Nordd. Jute-Spinnerei 1, Ver. Glanzstoff 6, Kölner Bergwerk 1,50, Königsborn 1,10 und Kurfürstendamm Bodenges. 25, Concordia Bergbau 7 Mark.

Londoner Börse vom 22. Dez. Es notierten: Engl. Konsols 83,68, Rio Tinto 72,50, Geduld 2,62, Goldfields 4,68, Steel com. 53,50, Steel prefs. 114,25, Rand Mines 7,37, Anaconda 9,62.

Alkaliwerke Sigmundshall. Der Aufsichtsrat beschloss, von der Ausschüttung einer Dividende angesichts der ungeklärten Lage der Kleinindustrie abzusehen. (An der Berliner Börse erfuhren die Aktien gestern im freien Verkehr einen Rückgang um etwa 5 Proz. auf 114 Proz. Br.)

Akt.-Ges. für Elektrizitäts-Anlagen in Berlin. In der Generalversammlung, in der als einziger Aktionär die Gesellschaft für Elektrische Licht- und Kraftanlagen von dem 7 Millionen Mark betragenden Gesamtkapital 6 972 000 Mk. vertrat, wurde der Abschluss für 1907/08 genehmigt, die Dividende auf 6 Proz. für die 5 000 000 Mk. Vorzugsaktien festgesetzt (die 2 000 0000 Mk. Stammaktien gehen leer aus) und Entlastung erteilt. Demnächst wurde beschlossen, die Vorzugsaktien ihrer Vorrechte (6 Proz. Vorzugsdividende mit dem Anspruch auf Nachzahlung rückständig gebliebener Dividenden) zu entkleiden und sie mit den Stammaktien gleichzustellen, ohne dass diesen eine Gegenleistung auferlegt wird. Die hiermit im Zusammenhang stehenden Abänderungen der Paragraphen 4, 17, 24 und 26 des Statuts wurden genehmigt. Wie die Verwaltung mitteilte, entwickelten sich die Werke der Gesellschaft in recht erfreulicher Weise, so dass heute schon für das nächste Geschäftsjahr 1908/09 eine Dividende von mindestens 5 Proz., vielleicht noch eine höhere, auf das gesamte Kapital von 7 Millionen Mark in Aussicht gestellt werden könne. In den Aufsichtsrat wurde das ausscheidende Mitglied Regierungsrat a. D. Gustav Kemmann (Grunewald) wiedergewählt.

Handels-Depeschen.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat.

Essen (Ruhr), 22. Dez. (Priv.-Tel.) In der heutigen Zechenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats wurde beschlossen, die Beteiligungs-Anteile für das erste Vierteljahr 1909 in Kohle auf 80 Proz., in Koks auf 60 Proz. und in Briketts auf 78 Proz. festzusetzen.

Preiskonvention der Drahtfabriken.

Essen (Ruhr), 22. Dez. (Priv.-Tel.) In der heute hier abgehaltenen Versammlung von Vertretern der deutschen Drahtfabriken wurden weitere Fortschritte in der Bildung der in Aussicht gestellten Preiskonvention gemacht, in denen eine Uebereinstimmung über weitere wichtige Punkte erzielt wurde.

*

Berlin, 22. Dez. (Priv.-Tel.) Das Bankhaus S. Bleichröder teilt mit, dass nach einer telegraphischen Meldung aus Santos der Ertrag der für die neue Anleihe des Staates Sao Paulo verpfändeten Kaffee-Surtaxe für die Zeit vom 7. bis 21. d. M. 95 290 Pfund Sterling beträgt und an die Vertretung der Anleiheübernehmer abgeliefert ist.

München, 22. Dez. (Priv.-Tel.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die bayerische Regierung genehmigte das in Frankfurt vereinbarte Uebereinkommen über die Bildung eines **deutschen Staatsbahnwagenverbandes** und erklärte damit den Beitritt der bayerischen Staatseisenbahnverwaltung einschliesslich der Pfalzbahnen zum deutschen Staatsbahnwagenverband.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 22. Dez. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 201—204. Roggen inl. 163 164.00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommersener, preuss., posenscher u. schlesischer frei 174—180, mittel 166—178, gering 162—165. russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 164,00—168,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—164, gute 165—180, russische und Donau leichte 134 bis 140. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 184—190. kleine —,—. Weizenmehl 00 25,00—28,00 Roggenmehl 0 und 1 20,80—22,50. Weizenkleie 11,00—12,00. Roggenkleie 11,10—12,00. (Alles frei Bahn).

Hamburg, 22. Dez. Weizen fest. Mecklenburger und Ostholsteiner 206. Roggen ruhig, Mecklenburger und Altmärker 162—168, russ. cif. 9 Pud. 10/15 —,—. Gerste fest, südruss. cif. 118,00. Hafer fest, Holsteiner und Mecklenburger 165—170. Mais stetig, America mixed cif. 116.00. La Plata cif. 121 00.

Pest, 22. Dez. Weizen matt, per April 12,39 Gd., 12,40 Br., Roggen per April 10,10 Gd., 10,11 Br. Hafer per April 8,52 Gd., 8,55 Br. Mais per Mai 7,25 Gd., 7,26 Br.

Zucker.

Hamburg, 22. Dez. Rübenrohzucker, I. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Dezember	20,30	20,25	20,35 Mk.
„ Januar	20,35	20,30	20,35 „
„ März	20,60	20,60	20,60 „
„ Mai	20,85	20,85	20,90 „
„ August	21,15	21,15	21,20 „
„ Oktober	19,15	19,75	19,80 „
	ruhig	schwach	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 22. Dez. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Dezember	30 1/2 Gd.	30 1/2 Gd.	30 1/2 Gd.
„ März	29 1/2 Gd.	29 1/4 Gd.	29 1/4 Gd.
„ Mai	29 Gd.	29 Gd.	28 3/4 Gd.
„ September	28 3/4 Gd.	28 1/2 Gd.	28 1/2 Gd.
	stetig	stetig	ruhig

Bremen, 22. Dez. Kaffee fest.

Havre, 22. Dez. Kaffee good average Santos per Dez. 40 1/4, per März 38 3/4, per Mai 38 1/4, per Sept. 37 3/4. Ruhig.

Spiritus

Nordhausen, 22. Dez. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 22. Dez. Spiritus stetig, per Dez. 28 Gd., per Dez.-Jan. 28 Gd., per Jan.-Febr 28 Gd.

Fettwaren und Oele.

Bremen, 22. Dez. Schmalz fest. Loko, Tubs u. Firkin 56 3/4, Doppeleimer 51 3/4.

Hamburg, 22. Dez. Rüböl ruhig, verzollt 67,00.

Köln, 22. Nov. Rüböl loko 67,50, per Mai 63,00.

Petroleum.

Hamburg, 22. Dez. Petroleum geschäftsl. Stand. white loko 7,70

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 22. Dez. Kartoffelmehl und -Stärke 20,00—20,50. Feuchte Stärke 11,10.

Magdeburg, 22. Dez. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,00—20,50.

Wolle.

Bremen, 22. Dez. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 44 3/4 Pfg.

Metalle.

Glasgow, 22. Dez. (Mittag.) Roheisen flau, Middlesbrough warrants 49/0.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	22.12	21.12.	Chicago.	22.12.	21.12
Weizen p. Dez.	109 3/4	108 1/2	Weizen p. Dez.	101 5/8	100 3/4
„ „ Mai	110 3/4	110 1/2	„ „ Mai	106 1/4	105 3/4
Mais p. Dez.	65	65 3/4	Mais p. Dez.	57 1/4	56 1/4
„ „ Mai	67 3/4	67 3/4	„ „ Mai	64 3/8	60 1/4
Mehl Spring clears	4,05	4,05	Hafer p. Mai	61 3/8	61 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6 1/2	6 1/2	„ „ Juli	66 3/8	66 1/8
„ p. Dez.	5,15	5,20	Roggen p. Mai	90	90
„ „ Febr.	5,25	5,30	Schmalz „ Dez.	9,20	9,22
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Jan.	9,30	9,30
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz Weizen fest, Mais stetig.

Schiffsnachrichten

Hamburg, 22. Dez. Hamburg-Amerika-Linie. Bethania, von Baltimore, 22. Dez. morgens auf der Elbe angek. Kaiserin Auguste Victoria, von New York, 22. Dez. 7½ Uhr morgens auf der Elbe angek. Brisgavia, von New York, 22. Dez. 8 Uhr 50 Min. morgens auf der Elbe angek. Pallanza, von Philadelphia, 22. Dez. 6 Uhr 40 Min. morgens auf der Elbe angek. Albingia, nach Mexiko, 21. Dez. 3 Uhr nachm. von Coruña abgeg. Bosnia, nach Boston und Baltimore, 21. Dez. 3 Uhr 10 Min. nachm. Lizard pass. Georgia, von Galveston, 21. Dez. von Norfolk abgegangen. Präsident Lincoln, von Genua, 21. Dez. 4 Uhr nachm. Dover pass. Saxonia, von Ostasien, 21. Dez. von Algier abgeg. Bavaria 20. Dez. in Tampico angek. Bolivia, von Westindien, 21. Dez. 9 Uhr abends von Havre abgeg. Hispania 21. Dez. von Bushire nach Colombo abgeg. Sambia, von Ostasien, 20. Dez. 8½ Uhr abends Gibraltar apss. Liberia, von Ostasien, 20. Dez. 7½ Uhr abends Gibraltar pass. Istria 20. Dez. in Yokohama, Endpunkt, angek. Sithonia 21. Dez. 6 Uhr morgens von Penang nach Suez abgeg. Otavi 19. Dez. von Swakopmund abgeg. Scandia, von Ostasien, 19. Dez. in Schanghai angek. Amerika 21. Dez. 4 Uhr nachm. in New York angek.

Hamburg, 22. Dez. Woermann-Linie. Eduard Woermann auf Heimreise Montag in Accra eingetroffen.

Bremen, 22. Dez. Nordd. Lloyd. Giessen Montag vorm. 10 Uhr von Villagarcia abgeg. Prinz Heinrich Montag 3 Uhr nachm. in Alexandrien angek. Derfflinger Montag 3 Uhr nachm. in Schanghai angek. Rhein Montag 1 Uhr nachm. Scilly pass Main Montag 3 Uhr nachm. St. Catherines pass.

Wasserstände.

(+ bedeutet über. — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	21. Dez.	+0,36	22. Dez.	+0,37	—	1
Nebra, Oberpegel	„	+1,92	„	+2,00	—	8
„ Unterpegel	„	+1,38	„	+1,40	—	2
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,42	„	+2,38	4	—
„ Unterpegel	„	—0 00	„	—0,06	6	—
Trotha	21. „	+1,44	22. „	+1,50	—	6
Alsleben, Oberpegel	21. „	+2,32	22. „	+2,31	1	—
„ Unterpegel	„	+1,00	„	+1,00	—	—
Bernburg	„	+0,62	„	+0,60	2	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,44	„	+1,38	6	—
do. Unterpegel	„	+0,14	„	+0,08	6	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

		Dez.	Fall	Wuchs			Dez.	Fall	Wuchs
Budweis	21.	—0,20	—	2	Torgau	22.	0,17	—	—
Prag	„	—	—	—	Wittenberg	„	+0,66	—	—
Jungbunzl.	„	—0,18	8	—	Rosslau	„	+0,07	—	—
Laun	„	—0,52	—	—	Barby	„	+0,33	—	1
Pardubitz	„	—0,90	—	24	Magdeburg	„	+0,44	5	—
Brandeis	„	—0,42	1	—	Tangermde.	„	+0,74	—	—
Melnik	„	—0,69	—	2	Wittenbrge.	„	+0,58	—	—
Leitmeritz	22.	—0,72	—	1	Dömitz, Peg.	21.	+0,05	—	—
Aussig	„	—0,52	—	—	Hohnstorf	22.	+0,31	1	—
Dresden	„	—1,88	—	—	Lauenburg	„	+0,18	—	—

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin

22. Dez. 1908.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Jan.	Vorprämien. Febr.	Rückprämien. Jan.	Rückprämien. Febr.
Lombarden	19 1/8 7/8	19 3/8—1 1/8	17 3/8—7/8	17 1/8—1 1/8
Franzosen	145 1/4—1 1/2	145 3/4—1 7/8	142 1/4—1 1/2	142—1 1/8
Baltimore	110 1/4—2 1/4	111 1/8—3 1/8	105 3/4—2 1/4	10. 7/8—3 1/4
Canad. Pacific	178 1/4 2 1/2	179 5/8 2 5/8	173 1/4—2 1/2	172 3/8—3 5/8
Türken-Lose	145 3/4—1 7/4	146 3/4—2 1/2	—	—
Darmstädt. B.	130 1/2—2	131 1/8—2 1/2	—	—
Disc. Comm.	182 2	182 5/8—2 1/2	178—2	177 5/8—2 1/2
Berl. Hdlsges.	170 3/4—2	171 1/2—2 1/2	166 3/4—2	166 1/2—2 1/2
Dtsch. Bank	243 1/4—2	244 1/8—2 5/8	—	—
Dresdner Bk.	149 1/2—2	150 1/8—2 1/2	145 1/2—2	145 1/8—2 1/2
Oesterr. Cred.	198 1/4—2	199 1/4—2 3/4	194 1/4—2	195 3/4—2 3/4
Russenbank	135—2	135 1/2—2 3/8	—	—
Dynam. Trust	158 1/2—2 1/4	159 1/2—3	154—2 1/4	158 1/2—3
Hamb. Packet	—	—	—	—
Nordd. Lloyd	—	—	—	—
Prince Henry	125—2	—	—	—
Gr. Berl. Strb.	176—2 1/4	176 7/8—2 7/8	171 1/2—2 1/4	171 1/8—2 7/8
3% Reichsanl.	86 1/8—3/4	86 3/8—1	—	—
Russen v 1902	84 7/8—1 1/8	85 1/8—1 3/8	—	—
Bochumer	2.2 1/4 2 3/4	223 1/2—3 3/4	216 3/4 2 3/4	216—3 3/4
Laura	197 2 1/2	198 1/4—3 1/2	19.—2 1/2	191 1/4—3 1/2
Gelsenkirch.	191 5/8 2 5/8	192 7/8—3 1/2	186 3/8—2 5/8	185 7/8—3 1/2
Harpener	195 5/8—2 5/8	196 3/4—3 1/2	190 3/8—2 5/8	189 3/4—3 1/2
Phönix	177 3/4—2 3/4	179 3 3/4	172 1/4—2 3/4	171 1/2—3 3/4
D.-Luxemb.	157 3/4—3 1/2	159 4 1/2	150 3/4—3 1/2	150—4 1/2
Dortmunder	61 1/8—2 1/8	6. 7/8—2 7/8	—	—
A. E. G.	220 5/8 2 5/8	221 3/4—3 1/2	215 3/8 2 5/8	214 3/4—3 1/2

Vorprämien per März: Lombarden 19 5/8—1 1/2, Baltimore 111 3/4 bis 3 3/4, Canada 184 4 3/4, Türken — —, Darmstädt. Bank — —, Bochumer 224 3/8—4 7/8, Laura 199 3/4—4 3/8, Gelsenkirchen 194—4 3/8, Phönix 180 1/8—4 3/4, Harpener 197 7/8—4 3/8, A. E. G. 222 7/8—4 7/8.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,

von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 22. Dez.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	52 1/2	Hugo	2450	2500
Alexandershall	6250	6350	Immenrode	3050	3100
Beienrode	—	4250	Johannashall	3100	3200
Burbach	10,900	11,200	Justus I	59 1/2	60 1/2
Carlsfund	5550	5650	Kaiseroda	6300	6450
Cecilienhall	—	25	Krügershall-Akt.	64 1/2	65 1/2
Desdemona	4300	4900	Ludwigshall	54	55 1/2
Dtsch. Kali-Akt.	83	84	Neustassfurt	—	9800
Deutschland	2950	3000	Reichskrone (Lossa)	1050	1150
Friedrichshall	62	64	Roland	—	80
Glückauf Sondershausen	15,200	—	Ronneberg (Akt.)	118	120
Günthershall	3850	3950	Rothenberg	1400	1450
Hann. Kal Akt	—	25	Sachsen-Weimar	2300	2375
Hansa	2800	2850	Schieferkaute	325	375
Hattorf Vorz.-A.	71	72	Siegfried I	2750	2800
Heldburg	45	46	Sigmundshall	—	114
Heldrungen I	1050	1100	Teutonia-Akt.	—	117
Heldrungen II	900	950	Wilhelmshall	8900	9100
Hermann II	1575	1625	Wintershall	11,200	—
Hohenfels	5150	5250			
Hohenzollern	3300	3500			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081223014/fragment/page=0006